

A. 9060

AZ 3001 Bern

Der Freisinn



Nr. 1
Januar 1981
3. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Nationalrat Hunziker reicht Motion ein

Privatisierung von Bundesleistungen gefordert

«Der Bundesrat wird ersucht, Bericht darüber zu erstatten, welche öffentlichen Aufgaben auf privater Basis gelöst werden könnten, und konkrete Privatisierungsmöglichkeiten mit den allenfalls erforderlichen gesetzgeberischen Massnahmen vorzuschlagen, dergestalt, dass damit kein Leistungsabbau verbunden ist und die öffentlichen Interessen gewahrt bleiben.» Dies fordert der Aargauer Volksvertreter Dr. Bruno Hunziker in einer von rund 90 Nationalräten mitunterzeichneten Motion. Er begründete seinen Vorstoss wie folgt:



gelaufen. Selbst wenn man die besonderen Aufwendungen für Arbeitsbeschaffungsprogramme ausklammert, sind die Ausgaben zwischen 1975 bis heute von 13,4 Mia. auf 17,2 Mia. Franken angewachsen.
Ausgaben können relativ leicht, oft durch einen einfachen

In welcher Welt stehen unsere Jugendlichen?

Unsere Jugend heute

Nach einem Jahr, das durch Jugendunruhen in die Geschichte der Stadt Zürich eingehen dürfte, fragen wir uns mit Recht, ob die Jugend sich gegenüber früher wirklich geändert habe. Dies trifft nach Ansicht von Nationalrat und Regierungsrat Prof. Hans Künzi, Zürich, nicht zu. Was sich aber tatsächlich geändert hat, das ist die Welt, in der diese Jugendlichen aufwachsen, in sie hineinwachsen, mit der sie sich auseinanderzusetzen, in der sie sich zu bewähren haben, wie er in diesem Aufsatz bemerkt:

Ich will an dieser Stelle diese Welt nicht schildern. Wir wollen nur eins nicht vergessen und es nicht verteuflern lassen durch alle möglichen Unheilspropheten: sie ist noch heute eine schöne, reiche, interessante Welt in der Natur wie im Geist. Das wollen wir uns auch nicht trüben lassen durch die sicher wichtige Tatsache, dass zur selben Zeit an so vielen Orten der Welt Armut, Hunger und Krieg herrschen. Aber eben: es ist auch eine unheimlich gefährliche, ungeborgene, in manchen Dingen heute offensichtlich kranke und gefährdete Welt. Sie flösst gerade den sensiblen Naturen in unserer Jugend Zweifel, Beunruhigung, ja oft Lebensangst ein.

Die ungezählten, unausgeschöpften Möglichkeiten

Wie soll und kann sich unsere Jugend in dieser Welt, die sie nicht selber geschaffen hat, für die sie nicht verantwortlich zu machen ist und der sie doch nicht ausweichen kann, bewähren, durchsetzen, ja sogar Erfolg haben – den

Bundesbeschluss, ausgelöst werden. Für Mehreinnahmen sind hingegen Verfassungsänderungen und damit Volksabstimmungen nötig. Hauptursache der zunehmenden Staatsverschuldung ist die in den letzten Jahrzehnten stark ausgeweitete Staatstätigkeit.

Wir müssen uns fragen, ob sie in diesem Ausmass notwendig war und ob sie es heute noch in allen Teilen ist. Zu prüfen ist vor allem die Frage, ob einzelne Staatsaufgaben nicht ebensogut oder besser auf privater Basis gelöst werden könnten. Die nähere Abklärung dieser Frage lohnt sich nicht nur im Hinblick auf die aufgezeigte finanzpolitische Problematik, sondern auch deswegen, weil eine wachsende Staatstätigkeit starke Eingriffe in die persönliche und wirtschaftliche Freiheit zur Folge hat.

Vielfältige Ursachen

Die Ursachen für die Uebertragung von Aufgaben an den Bund erweisen sich als recht vielfältig. Oft waren es Krisensituationen,

Fortsetzung auf Seite 7

Fuder nicht überladen

«Der Freisinn» hat Nationalrat Dr. Franz Eng, Präsident der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, gebeten, eine erste, persönliche Stellungnahme zur Botschaft des Bundesrates über die Verlängerung der Bundesfinanzordnung abzugeben:

«Wir Freisinnigen fordern seit je eine sparsame Finanzpolitik. Wir wissen, dass nur eine gesunder Staat ein starker Staat ist. Deshalb haben wir – im Gegensatz zu anderen Parteien – alle Sanierungsbemühungen unterstützt. Der Verlängerung der Finanzordnung kommt nach unserer Auffassung im Interesse der Kontinuität der Staatstätigkeit und der Sicherung der Haupteinnahmequellen des Bundes absolute Priorität zu. Um nicht das Risiko einzugehen, plötzlich vor einem Scherbenhaufen zu stehen, plädieren wir aber für ein massvolles Vorgehen. Wir erachten es als gefährlich, wenn die Vorlage überladen wird, da sich sonst an ihr eine zu grosse Opposition entzünden könnte. Wir wollen dem Bund unerlässliche

Mehreinnahmen bewilligen, verlangen aber auch, dass die Bemühungen zur Ausgabenstabilisierung beharrlich fortgeführt werden.

Die Landesregierung hat den vor allem von unserer Seite angebrachten Bedenken Rechnung getragen und will die Sätze bei der Warenumsatzsteuer nicht im ursprünglich vorgesehenen Masse erhöhen. Allerdings begehrt der Bundesrat immer noch jährliche Mehreinnahmen von über 500 Mio. Franken an, ein Betrag, der uns aus den erwähnten Ueberlegungen relativ hoch erscheint. Bei der direkten Bundessteuer können wir uns mit seinen Vorstellungen weitgehend einverstanden erklären.

Die FDP-Fraktion hat zur Vorlage noch nicht Stellung genommen. Ihre Haltung wird wesentlich davon abhängen, welche Resultate die Verhandlungen in der vorbereitenden Kommission zeitigen. Ein überladenes Steuerfuder würde sie wohl kaum begeistern. Ich persönlich bin jedoch optimistisch, dass ein Konsens gefunden werden kann.»

gativen Seiten. Es wirkt verwirrend, die Entscheidung fällt mir schwer, es verführt deutlich zur Oberflächlichkeit, zum Snobismus, zum Radikalismus. Aber ich lasse mir von keinem Pessimisten die Freude daran rauben und behaupten, dies alles sei nur Schein, Entartung, Bluff, ja Fäulnis.

Ich weiss, es ist bei den Jungen nicht beliebt, wenn man sie an Dankespflichten erinnert. Aber es sollte wenigstens auch, gegen viele heutige Stimmen, froh und getrost machen, dass wir in einer Welt leben dürfen, die solche Möglichkeiten bietet und wenigstens in unserem Teil weitgehend frei ist von elementarer Sorge, Angst und Armut. Der andern Aengste sind immer noch genug.

Die Angst, die zur Verzweiflung führt

Damit komme ich auch gleich zum zweiten: Die Welt von heute stellt die Jungen vor viel grössere Schwierigkeiten und Aufgaben. Wieder können wir keinen Katalog solcher Schwierigkeiten aufstellen. Die Sache selbst liegt auf der Hand. Es beginnt schon damit, dass gerade dieser Reichtum von Möglichkeiten das Leben zwar reicher und bequemer, aber nicht einfach leichter macht. Je mehr Wahlmöglichkeiten, desto schwerer wird der jungen Generation die Entscheidung gemacht. Desto mehr Reife, Einsicht, Geistes- und Willenskraft ist von ihr verlangt.

Die offensichtlichste Schwierigkeit aber liegt auf dem politischen Gebiet. Denn es ist klar: eine Welt, die sich zwei Weltkriege geleistet hat und als deren Ergebnis wenn nicht ein geistig-wirtschaftliches Chaos, so doch lauter Spannungen und dazu noch die selbstmörderische Drohung mit ungeheuren Zerstörungskräften aufweist und alle Versuche zu Freiheit und Frieden und Gerechtigkeit immer wieder durch brutale Machtpolitik durchkreuzt: eine solche Welt ist nicht eben geeignet, einem Jungen Vertrauen einzuflössen. Darin liegt wohl auch der Grund für die heute so oft zitierte angebliche

Sinnlosigkeit und Lebensangst, die viele junge Leute bis zur Verzweiflung treiben mag.

Welcher Ausweg bietet sich an?

Wie können nun solche Schwierigkeiten, die in der heutigen Welt grösser sind als je, dennoch bewältigt werden? Nur durch Leistung. Aber nicht so sehr durch Leistung auf dem Feld des Intellekts und der technischen Beherrschung dieser Welt, sondern durch Leistung auf dem Gebiet des Charakters. Es ist heute eine schlechte Mode geworden, das sogenannte Leistungsprinzip zu verteuflern. Natürlich, Leistung um ihrer selbst willen oder Leistung bloss um des Erfolgs, Verdiensts, der Karriere willen ist falsch. Aber jeder junge Mensch muss das Streben in sich fühlen, an einem bestimmten, konkreten Stück, in einer fest umgrenzten Aufgabe seine Kraft voll einzusetzen und sich zu bewähren. Das ist es, was ich Leistung nenne. Dann wird von selbst auch der Verdienst als natürliche Folge der Leistung sich einsetzen.

Und damit ist etwas Zweites verbunden, an das ich unsere junge Generation erinnern möchte. Mit Charakter meine ich nicht die Erfüllung irgendeines veralteten

Fortsetzung auf Seite 2

Die Ueberlastung des Bundes durch immer mehr Aufgaben, mit der Folge jahrelanger Defizite und einer zu verzinsenden Bundesverschuldung von rund 20 Mia. Franken, verlangt eine tiefgreifende Remedur. Neben der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen sowie finanziellen Sanierungsmassnahmen gibt es noch andersgeartete Möglichkeiten der Entlastung. Bestimmte Bundesaufgaben könnten auf privater Basis kostengünstiger gelöst werden, ohne dass daraus ein Leistungsabbau resultieren müsste. Es gibt auch Tätigkeiten, die der Bund unter besonderen Umständen übernommen hat und die heute nicht mehr oder nur noch teilweise nötig sind. Im Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung ist solchen Entlastungsmöglichkeiten nicht Rechnung getragen worden.

Konsequenzen aus gescheiterten Bemühungen ziehen

Es ist davon auszugehen, dass die bisherigen Versuche, den Bundeshaushalt zu sanieren, gescheitert sind und dass das Volk neuen Steuern gegenüber äusserst kritisch eingestellt ist. Wann das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes erreicht werden kann, ist ungewiss. Die Steuereinnahmen sind stärker angestiegen als das Bruttosozialprodukt, und die Ausgaben sind dem Wirtschaftswachstum gewissermassen davon

Eidgenössischer Abstimmungskalender 1981

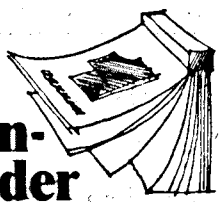
- 5. 4.: «Mitenand-Initiative»
- 14. 6.: Verfassungsartikel «Gleiche Rechte für Mann und Frau»
- Verfassungsartikel über Konsumentenschutz
- 27. 9.: Höchstwahrscheinlich kein eidgenössischer Urnengang
- 20. 11.: Neue Bundesfinanzordnung (sofern bis zu jenem Zeitpunkt von den eidgenössischen Räten bereinigt)

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK
BIBLIOTHEQUE NATIONALE SUISSE

Ihre Eigenheim-Finanzierung nach Mass – mit der SKA



Terminkalender



Februar	
19.	Presseverband
26.	Fraktionsvorstand, Brig
27.	Fraktionsleitung, Brig
28.	Delegiertenrat, Brig
	Delegiertenrat, Brig
	a. o. Delegierten-
	versammlung, Brig
März	
2.-20.	Session eidgenössische Räte
27./28.	Reservdatum
30./31.	Presseverband, Generalversammlung
April	
5.	Eidgenössische Volksabstimmung
30.	Geschäftsleitung, Montreux
	Fraktionsvorstand, Montreux
Mai	
1.	Fraktionssitzung, Montreux
	Delegiertenrat, Montreux
1./2.	ord. Delegierten-
	versammlung, Montreux

Juni	
1.-19.	Session eidgenössische Räte
12.	Delegiertenrat
14.	Eidgenössische Volksabstimmung
26./27.	Reservdatum
August	
28.	Delegiertenrat
29.	a. o. Delegierten-
	versammlung
September	
21.-9.10.	Session eidgenössische Räte
24.-26.	Kongress Liberale Weltunion in Spoleto (Italien)
27.	evtl. eidgenössische Volksabstimmung
28.	Geschäftsleitung
Oktober	
30.	Delegiertenrat
31.	a. o. Delegierten-
	versammlung
November	
5./6.	Reservdatum
29.	Eidgenössische Volksabstimmung
30. bis 18.12.	Session eidgenössische Räte
Dezember	
9.	Vereinigte Bundes-
	versammlung
18.	evtl. Delegiertenrat

FDP-Vernehmlassungsantworten

Stärkere Massnahmen gegen Ausverkauf der Heimat gefordert

Die Bedenken gegen den Entwurf eines neuen Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland wiegen für die FDP so sehr, dass sie beantragt, diesen nicht weiterzuverfolgen, sondern ungesäumt den Auftrag zu erteilen, einen neuen Entwurf zu erarbeiten. Das geht aus der Stellungnahme der Partei im Vernehmlassungsverfahren hervor, in welcher sie eine neue Konzeption zur Diskussion stellt.

Die FDP ist mit dem Bundesrat der Auffassung, der Bundesbeschluss über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland sei aufzuheben und durch ein entsprechendes Gesetz zu ersetzen, sofern die Vorlage geeignet ist, die Zielsetzungen zu erreichen, die Ueberfremdung von Grund und Boden zu verhindern, ohne dass dadurch jene Gebiete, die vor allem auf den Tourismus angewiesen sind, stark leiden. Die FDP erwartet, dass diese Zielsetzungen im Gesetz selber aufgeführt werden. Bedenken äussert sie gegenüber dem Entwurf vor allem bezüglich dessen Griffbarkeit, seiner Durchsetzbarkeit und stellt die Frage, ob damit dem Ausverkauf der Heimat in ausreichendem Masse Einhalt geboten werden könne.

In ihrer Vernehmlassungsantwort stellt die FDP eine neue Konzeption zur Diskussion. Danach darf in Wohnhäusern ein bestimmter Teil der Brutto-Geschossfläche (beispielsweise 20 Prozent) an Personen im Ausland veräussert werden. Kantone und Gemeinden sollen die Kompetenz er-

halten, diesen Anteil herabzusetzen oder in einem beschränkten Ausmass zu erhöhen. Eine besondere Regelung wird für die Apart-Hotellerie vorgeschlagen, wobei Umgehungsgeschäfte verhindert werden müssen. Hier sind ebenfalls entsprechende Quoten vorzusehen, beispielsweise 40 Prozent. Kantone und Gemeinden sollten ebenfalls ermächtigt werden, dort, wo sie eine Förderung der Apart-Hotellerie als wünschbar beurteilen, diese Quote in beschränktem Masse heraufzusetzen. Für beide Fälle - Wohnbauten und Apart-Hotels - berechnet sich die Quote nach Gemeinden. Sie ist nach der Brutto-Geschossfläche zu bestimmen. Für die Zuteilung der Quote an die Bauherren müsste der Bundesgesetzgeber Regeln aufstellen. Entscheide der Gemeindebehörden über Zuteilung oder Ablehnung von Gesuchen nach einer bestimmten Quote müssten mit Rechtsmitteln an die Verwaltungsjustizbehörden weitergezogen werden können. Das neue Gesetz sollte zudem den Erwerb nicht überbauten Bodens, der dem Wohnungsbau dienen soll oder kann, nicht zulassen und den Erwerb überbauten Bodens in der Regel auf natürliche Personen beschränken.

Bei den Vorschlägen der FDP handelt es sich um ein rohes Konzept, das noch detaillierter ausgearbeitet werden muss. Nach Ansicht der Partei würde eine derartige Regelung dem Lobbyismus schlagartig ein Ende setzen, wäre mit dem Rechtsstaat vereinbar und leicht zu handhaben. Zudem würden damit sowohl die bodenüberfremdungspolitischen Belange wie aber auch die Interessen der Regionalwirtschaft gewahrt.

Lockvogelpolitik: FDP stellt neue Variante zur Diskussion

In einem der zentralen Punkte der Revision des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG) - der Lockvogelpolitik - stellt die FDP eine neue Variante zur Diskussion. Im weiteren vertritt die Partei die Ansicht, dass am Missbrauchsbekämpfungsprinzip festgehalten werden muss, dass jedoch sämtliche Möglichkeiten zur Erhaltung eines fairen und unverfälschten Wettbewerbs ausgeschöpft werden müssen, solange sie sich noch mit dem Grundsatz der Missbrauchsbekämpfung vereinbaren lassen.

Die FDP wendet sich dagegen, dass die Revision des UWG zur Durchsetzung strukturpolitischer Ziele im Detailhandel missbraucht wird. Andererseits stösst sie sich an den oft unfairen Wettbewerbspraktiken, die mit einem erwünschten Leistungswettbewerb kaum mehr viel zu tun haben und die mit dem UWG in Schranken gehalten werden sollten, ohne dass damit der Boden der eigentlichen Wettbewerbspolitik zugunsten einer Strukturpolitik verlassen wird.

Da die beiden zur Diskussion gestellten Varianten zur Erfassung unlauterer Lockvogelpraktiken der FDP nicht zu genügen vermögen, schlägt sie eine Lösung vor, wonach allein auf den effektiven Einstandspreis abgestellt werden sollte, wenn der Richter zu beurteilen hat, ob ein Tiefpreis unlauter ist oder nicht. Die FDP könnte sich als Definition unlauterer Lockvogelpraktiken eine Bestimmung vorstellen, wonach unlauter handelt, wer ausgewählte Waren, Werke oder Leistungen systematisch zu Tiefpreisen anbietet, diese in der Werbung besonders hervorhebt und damit beim Kunden eine Täuschung über die eigene oder die Leistungsfähigkeit von Mitbewerbern erweckt. Zudem hätte der Beklagte dem Richter allein zu beweisen, dass sein Angebot den Einstandspreis nicht unterschritten hat.

In ihrer Stellungnahme zum Revisionsentwurf bringt die FDP zudem weitere Anregungen an. Sie schlägt vor, dass bei Verkäufen an ungewohnten Orten oder unter ungewohnten Umständen dem Käufer ein generelles Rücktrittsrecht innert fünf Tagen eingeräumt werden sollte und dies Sache des Kaufvertragsrechtes wäre (Revision OR). Die Partei plädiert dafür, das vorgesehene Klagerecht des Bundes zu streichen, da künftig auch die Konsumentenorganisationen eine Klagelegitimation erhalten und somit Gewähr geboten ist, dass Vergehen gegen die Bestimmungen des UWG eingeklagt werden können.

Laufende Referendumsfristen

- Bundesbeschluss zum Bundesgesetz über die Stempelabgaben (Frist bis 9. 3.)
- Bundesbeschluss zum Alkoholgesetz (9. 3.)
- Nationalparkgesetz (30. 3.)
- Bundesgesetz über den Beitrag an den Kanton Tessin zur Wahrung und Förderung seiner kulturellen und sprachlichen Eigenart (30. 3.)
- Alkoholgesetz (30. 3.)
- Bundesgesetz über das Bundesamt für Organisation (30. 3.)
- Bundesbeschluss über die Stipendien an ausländische Studierende in der Schweiz (30. 3.)
- Bundesbeschluss über die vierte Beitragsperiode nach dem Hochschulförderungsgesetz (30. 3.)
- Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zur Afrikanischen Entwicklungsbank (30. 3.)

Das Ende einer Aera

Zum Rücktritt von SRG-Generaldirektor Dr. Stelio Molo

Auf Ende 1980 ist Dr. Stelio Molo als Generaldirektor der SRG, deren Geschichte er während der letzten acht Jahre an oberster Stelle geleitet hat, zurückgetreten. Der Tessiner Jurist Molo trat sein Amt am 1. Juli 1972 an, nachdem er während rund eines Vierteljahrhunderts als Direktor des Radios der italienischen Schweiz sich reiche Erfahrungen in der Führung eines öffentlichen elektronischen Mediums unseres Landes hatte erwerben können.

Seine achtjährige Amtszeit war massgeblich geprägt durch die Verwirklichung der beschlossenen Reorganisation der SRG sowohl was die Programminstitution als auch die Trägerstruktur betraf; durch die immer stürmischer verlaufende Bewegung, in die unsere öffentlichen Medien gerieten; durch die immer drängender werdende Diskussion um die Monopolstellung der SRG als öffentlicher Rundfunkorganisation unseres Landes.

Der Umsetzung des grossen Reorganisationskonzepts in die Praxis hat er sich mit einem wachen Sinn für das Machbare und das Notwendige angenommen. In den grossen Auseinandersetzungen um die politische Rolle von Radio und Fernsehen, die nicht frei waren von heftigen und leidenschaftlichen Ausschlägen und äusserlich Ausdruck fanden in einer immer grösseren Flut von Beschwerden, in denen Ausgewogenheit und Objektivität unserer Medien in Frage gestellt und in einzelnen Sendungen politisch einseitige Tendenzen zum Vorwurf gemacht wurden, hat er mit Ruhe und Besonnenheit intern und öffentlich seinen Standpunkt als oberster Programmverantwortlicher verteidigt. Er wusste, dass Radio und Fernsehen sich in einzelnen Sendungen des hohen Grades von Freiheit, die sie geniessen, nicht immer würdig erweisen, und er hat da, wo er dies feststellte, nicht zurückgehalten mit seiner Kritik. Aber er hat sich öffentlich aus einer tief liberalen Haltung heraus immer wieder unmissverständlich dafür ausgesprochen, dass solche Leistungsdefizite unter keinen Um-



ständen in einer Demokratie wie der unsern zu einem Autonomie- und Freiheitsverlust führen dürften, und ist auch da, wo es ihm nicht leicht fiel, vor seine Mitarbeiter gestanden. In der Diskussion um die Monopolstellung der SRG hat er sich stets für die Sicherstellung der integrativen Funktionen einer öffentlichen Rundfunkanstalt wie der SRG eingesetzt und sich auch nicht gescheut, seine warnende Stimme gegen kommende Gefahren durch kommerzielle, auf Profit oder andere Sonderinteressen gerichtete private Programmveranstalter zu erheben.

Stelio Molo hat den scharfen Intellekt des Juristen mit dem weiten Horizont eines Homme de lettres verbunden. Aus dieser geistigen Beheimatung heraus erwuchs ihm der Sinn für den kulturellen Auftrag der Medien, den zu betonen er nicht müde wurde. Aus der Vertrautheit mit allen drei Hauptsprachen unseres Landes, die er vollendet beherrscht, schöpfte er Kraft und Legitimation für dieses Bemühen und erwarb sich darüber hinaus als Generaldirektor das Vertrauen der Mitarbeiter aller vier Sprachregionen.

Guido Frei

Zeitraum von 1974 bis 1978 nach, dass in den Ländern mit überdurchschnittlich hohen Inflationsraten die Reallöhne meist unterdurchschnittlich gestiegen, zum Teil sogar gesunken sind.

Am frappantesten tritt dies bei vier Ländern mit einer besonders ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Tradition in Erscheinung. Es sind in Europa Grossbritannien und Schweden, in Uebersee Australien und Neuseeland, wo in der untersuchten Periode die nominellen Bruttolöhne hinter der Inflation zurückgeblieben sind, die Arbeitnehmer also Realeinkommensverluste erlitten haben. Ebenso übertraf die Geldentwertung (mehrheitlich zwischen 60 und 80% in vier Jahren) die nominelle Verbesserung der Nettolöhne, die nach Abzug von direkten Steuern und Sozialversicherungsprämien verbleiben. Erhöhungen der staatlichen Familienbeihilfen vermochten die Situation nur sehr partiell zu korrigieren. Weitere Staaten mit starker Inflation, zum Beispiel Finnland, Norwegen und Portugal, konnten für ihre Lohnempfänger lediglich vergleichsweise geringfügige Reallohnverbesserungen sicherstellen.

Stabilitätspolitik als positive Einkommenspolitik

Weit besser schnitten die beiden «Stabilitätsrekordhalter» unter allen freien Industrieländern, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland, ab. Misst man ihre Leistungen an den repräsentativen Lohnniveaus (sie wurden von der OECD jeweils für Arbeitnehmerfamilien mit zwei Kindern ermittelt), so zeigt sich, dass in der Entwicklung der nominellen Bruttolöhne eine reale Einkommensverbesserung von fast 12% in Deutschland und von rund 10% in der Schweiz enthalten war. Die Nettolöhne verbesserten sich in der Schweiz real um gegen 12%, in Deutschland um fast 9%. Die beiden Länder sind bei weitem die einzigen, welche in der Vierjahrperiode die Zunahme des Konsumentenpreisindex unter 20% halten konnten (Schweiz 11%, Deutschland 18%).

Als Schlussfolgerung drängt sich die Feststellung auf, dass monetäre Stabilitätspolitik auch positive Einkommenspolitik ist. Wenn ein inflationäres Expansionsmus das Wort redet, leistet gerade auch den Arbeitnehmern einen schlechten Dienst. Das trifft um so mehr zu, als Geldwertstabilität auf die Dauer auch den sichersten Garantien für eine hohe Beschäftigung bedeutet.

Erhebliche Vorbehalte

Der Jugendausschuss zu den Thesen der Eidgenössischen Jugendkommission

Nicht mit allen von der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen aufgestellten Thesen zu den Jugendunruhen kann sich der Ausschuss für Jugendfragen der FDP einverstanden erklären. Erhebliche Vorbehalte werden gegenüber den im Kapitel «Gewalt» geltend gemachten Versuchen zur Erklärung für die Krawalle vorgebracht. Insbesondere wehrt sich der Jugendausschuss energisch dagegen, dass alle Gewaltakte, die von Krawallanten inszeniert wurden, politisch gedeutet werden. Der Ausschuss erwartet, dass sich die Jugendkommission nicht mit einer allgemeinen Analyse zufriedengibt, sondern, wie von der FDP bereits früher gefordert, sich für konkrete Lösungsvorschläge einsetzen und Empfehlungen zuhanden der Kantone und Gemeinden ausarbeiten wird.

Der Präsident der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, der Genfer Stadtrat Guy-Olivier Segond, erläuterte an einer Sitzung des FDP-Gremiums die Thesen und wies darauf hin, seine Kommission habe eine differenzierte Analyse zu den Vorgängen der letzten Monate liefern wollen. Der FDP-Jugendausschuss betrachtet es als positiv, dass sich die Kommission für Jugendfragen mit den Unruhen auseinandergesetzt hat und versucht hat, den Ursachen dieser Ereignisse nachzugehen. Auch begrüsst er die Bestrebungen der Kommission, den Dialog zwischen den protestierenden Jugendlichen und den Erwachsenen wieder in Gang zu bringen.

Der Jugendausschuss, der unter dem Vorsitz von Armin Seger (Bachbühlach) steht, beschloss, eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung einer differenzierten Stellungnahme zu den Thesen zu beauftragen. Diese Stellungnahme soll in erster Linie den verantwortlichen Gremien der FDP der Schweiz als Diskussionsgrundlage dienen.

Fortsetzung von Seite 1

ten Moralgesetzes, in das ich mich pressen und formen lasse, sondern vielmehr das Bewusstsein der Verantwortung und die Bereitschaft zur Uebernahme von Verantwortung.

Mithelfen, Verantwortung tragen

In diesen beiden Parolen «Wille zur Leistung, Bewusstsein der Verantwortung», beide von jedem ganz persönlich und täglich ernst genommen, sehe ich die vornehmste Aufgabe unserer Jugend. Ist es nicht Stolz, an dieser Aufgabe auch heute mitzuwirken?

Nur in der Leistung als dem Einsatz der ganzen Kraft und nur in der Verantwortung für das Ganze werde ich frei von der Verfallenheit an die Welt, von der Angst vor einer noch so verwirrenden Welt, und zugleich gestützt, in und an ihr zu wirken. Zugleich ist die Uebernahme der Verantwortung stets eine Quelle der Kraft. Nur so wächst ein junger Mensch langsam hinein als ein tragendes Glied, nicht nur als Nutzniesser, in die Mitverantwortung für das Ganze des Staats, zu dem wir doch alle gehören.

Die reallohnfressende Inflation

Linke Irrtümer

Die schweizerische Währungs- und Finanzpolitik ist konsequent auf die Erhaltung des Geldwertes ausgerichtet. Die Federführung kommt dabei der Nationalbank zu, die in Uebereinstimmung mit ihrem gesetzlichen Auftrag durch ihre Geld- und Geldmengenpolitik inflationären Bewegungen entgegenzutreten hat. Ebenso sollte diesem Ziel die Führung der öffentlichen Finanzhaushalte dienen.

Fehlbeträge in den Staatsrechnungen haben der Tendenz nach stets inflationäre Wirkungen, wenn auch deren Ausmass von der Deckungsart, namentlich der Finanzierung durch kurz- oder langfristige Schulden, abhängt. Die Eliminierung der Bundesdefizite bleibt ein ungelöstes Problem. Gemildert wird dieses immerhin durch den Sparwillen der bürgerlichen Kräfte, die der Ausgabenfreudigkeit linker Observanz widerstehen.

Das eine forcierte Wachstums- und Beschäftigungspolitik unter Zurückstellung der Inflationsbe-

kämpfung zum sozialistisch inspirierten Arsenal gehört, zeigen ausländische Erfahrungen zur Genüge. Naturgemäss werden vor allem die Interessen der Lohnempfänger verfolgt. Aber geht die Rechnung auf? Daran ist zu zweifeln. Denn häufig entpuppt sich die Inflation als Reallohnfresserin. Eine Uebersicht über die Lohn- und Preisentwicklung, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris veröffentlicht worden ist, gibt darüber beredten Aufschluss. Sie weist nämlich für den erfassten

Gespräch mit dem Autor der AHV-Studie

«Steffisburg war und ist kein Extremfall»

Das Fehlen umfassenden Grundlagenmaterials über die Altersprobleme im allgemeinen und die wirtschaftliche Lage im besonderen ist in den letzten Jahren immer stärker bedauert worden. Nun liegt eine wissenschaftliche Untersuchung über «die wirtschaftliche Lage der Rentner in der Schweiz» vor. Deren Resultate haben — berechtigterweise — einiges Aufsehen erregt. «Der Freisinn» ist in einem Gespräch mit dem Autor der Studie, Dr. Willy Schweizer, einigen Fragen nachgegangen, die sich nach der Veröffentlichung der Untersuchung stellten.

Ist es übertrieben zu behaupten, die AHV-Studie habe wie kaum eine andere Untersuchung auch in der breiten Öffentlichkeit eine ausserordentlich starke Resonanz gefunden?

Wenn man zur Beurteilung des Bekanntheitsgrades die Zahl der erschienenen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel und zusätzlich die Radio- und Fernsehsendungen heranzieht, dann gehören die Steffisburger Untersuchung (rund 1500 Presseartikel und 4 Sendungen in den elektronischen Massenmedien) und die gesamtschweizerische (beinahe 3000 Pressebeiträge und 15 Sendungen in Radio und Fernsehen) zu den bekanntesten Forschungsprojekten, die je in der Schweiz durchgeführt worden sind.

Nicht nur diese Studie, sondern auch jene, die Sie zuvor auf Initiative der FDP der Gemeinde Steffisburg erstellten, die jedoch auch von Ihnen als nicht repräsentativ bezeichnet wurde, fand grosse Beachtung. Sind jene Resultate nun nicht doch bestätigt worden?

Als im Vorfeld der 9. AHV-Revision die Untersuchungsergebnisse zur wirtschaftlichen Situation der Rentner in der Gemeinde Steffisburg publiziert wurden, behaupteten Politiker, Behörden und ein Teil der Massenmedien, es handle sich um eine «extrem reiche Gemeinde», und deshalb seien die Ergebnisse irreführend. Der Vergleich mit den gesamtschweizerischen Resultaten zeigt nun eine erstaunlich gute Übereinstimmung im Einkommensbereich und legt gleichzeitig offen, dass die Steffisburger Rentner

beim Vermögen etwas unterhalb der Mitte liegen. Insgesamt darf der Schluss gezogen werden, dass es wohl nur wenige Gemeinden in der Schweiz gibt, die in gleichem Masse geeignet sind, Vorstellungen zu vermitteln, in welcher wirtschaftlichen Lage sich die Rentner befinden. Steffisburg war und ist kein Extremfall.

In einer wie Ihre Studie auch vom Nationalfonds finanzierten Arbeit, der sogenannten Freiburger Untersuchung, wurde offensichtlich der Versuch unternommen, auf Grund einer Stichprobe in einer Zürcher Industriegemeinde die Repräsentativität Ihrer Aussagen in Zweifel zu ziehen. Was ist von diesem Versuch zu halten?

Eine Freiburger Forschergruppe hat in einem vorwiegend wirtschaftshistorisch orientierten Forschungsprojekt (Einkommensentwicklung von 1876 bis 1976) auch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Rentner in einer Vorortsgemeinde von Zürich analysiert. Da die Daten nicht vollständig waren — es fehlten ihnen die Angaben über die Ergänzungsleistungen, die Altersbeihilfen, die Militärversicherungsrenten und andere nicht steuerbare Einkommensbestandteile —, erhielten sie im untersten Einkommensbereich systematisch zu kleine Zahlen. Die aus diesen unvollständigen Verteilungen errechneten Masszahlen stimmen daher bestenfalls in den groben Grössenordnungen und die aus den Daten gezogenen Schlüsse bezüglich der Zahl der wirtschaftlich bedrängten Rentner überhaupt nicht.

Also nicht — wie behauptet — eine Ergänzung Ihrer Studie?

Insgesamt ist diese Teiluntersuchung weder von der Anlage her noch bezüglich Daten und Auswertungen in der Lage, die gesamtschweizerische Untersuchung in Frage zu stellen oder zu «ergänzen», wie von den Autoren behauptet wird. Die in den Massenmedien hochgespielten Freiburger Ergebnisse haben nur Verwirrung gestiftet, statt zur Klärung der Probleme beizutragen.

Wie können Sie sich erklären, dass die politische Linke mit derart grobem Geschütz gegen Ihre Untersuchung auffuhr?

Meines Erachtens kann man die Motive grob zu drei Gruppen zusammenfassen:

1. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die politische Linke während mehr als 10 Jahren den Bereich der Sozialpolitik auf der politischen Ebene dominierte, wobei sich die Vorstösse und Argumente am sehr vereinfachten Stereotyp: «alt = arm» orientierten. Es ist nun für diese Politiker nicht einfach, plötzlich sehr stark differenzieren zu müssen, insbesondere auch deshalb, weil eine bürgerliche Partei auf der Durch-

führung der Untersuchung bestanden hat. Es ist daher in einer solchen Situation einfacher, die Richtigkeit von Untersuchungsergebnissen anzuzweifeln, als jahrelang gewohnte und politisch erfolgreiche Argumentationsmuster umzustellen.

2. Die politische Linke hatte sich anlässlich der Publikation der Steffisburger Untersuchung darauf festgelegt, dass es sich um «extreme Werte» handle. Im Abstimmungskampf um die 9. AHV-Revision wurde die öffentliche Meinung mit diesem Schlagwort nicht unmassgeblich beeinflusst. Es ist nun für Politiker nicht angenehm, sich beweisen lassen zu müssen, dass die damaligen Behauptungen nicht der Wahrheit entsprochen haben. Es ist in einem solchen Falle doch viel einfacher, auch die gesamtschweizerischen Ergebnisse zu bezweifeln (im Notfall wird sich sicher irgendein Argument finden lassen, das die Berechtigung der Zweifel «belegt»).

3. Die gesamtschweizerische Untersuchung hatte zum dritten die unangenehme Eigenschaft, dass sie auch Schwächen und Brüche im System der wirtschaftlichen Altersvorsorge nachwies. Geht man nun davon aus, dass die betreffenden Entscheide von der politischen Linken massgeblich beeinflusst worden waren, ist es verständlicherweise nicht sehr angenehm, mit den Konsequenzen konfrontiert zu werden. Auch unter diesem Aspekt ist es viel einfacher, Untersuchungsergebnisse zu negieren, als einzugestehen, nicht optimal entschieden zu haben.

Welche konkreten politischen Folgerungen ziehen Sie aus Ihrer Studie?

Da eine eingehende Antwort auf diese Frage den Rahmen des Gesprächs sprengen würde, will ich einige Folgerungen stichwortartig knapp formulieren:

● Der BV-Artikel 34^{quater} umschreibt die Aufgaben der wirtschaftlichen Sicherung im Alter ungenügend und weist den drei Säulen Aufgaben zu, die sie zum Teil auch bei grösster Anstrengung auf diesem Gebiet nicht werden erfüllen können (berufliche Vorsorge). Auf der anderen Seite wird das Potential der Selbstvorsorge unterschätzt. Der Verfassungsartikel sollte geändert werden.

● Die Ergänzungsleistungen zur AHV sollten ausgebaut werden. Es wäre dringlich dafür zu sorgen, dass die Berechtigten diese Leistung auch erhalten.

● Die Renten an verheiratete Frauen mit jüngerem Ehemann (nicht AHV-berechtigt) erfüllen keinen sozialpolitischen Zweck im Sinne der Verfassungszielsetzung. Die mehr als 300 Mio. pro Jahr, die dafür ausgegeben werden, könnten optimaler eingesetzt werden.

● Die Frage der Solidaritätsverhältnisse in der AHV sollten neu überdacht werden. Es befremdet, dass noch über Jahrzehnte hinaus bessergestellte Rentner grössere Solidaritätsbeiträge erhalten als schlechtergestellte.

● Um in Zukunft gute Entscheide auf der Basis von gesicherten Daten fällen zu können, sollte die Forschung auf diesem Gebiet kontinuierlich durchgeführt werden.

● Aus der heutigen finanziellen Situation der Rentner können zwei Hauptrichtungen künftiger Bestrebungen abgelesen werden:

Zum einen sind möglichst rasch und möglichst effizient Anstrengungen zu unternehmen, um den wirtschaftlich Bedrängten zu helfen.

Zum zweiten wäre es sinnvoll, sich, da die wirtschaftliche Lage des grösseren Teils der Rentner gut bis sehr gut ist, vermehrt auf die immateriellen Aspekte der Altersvorsorge zu konzentrieren.

Die Meinung von Dr. Andreas C. Brunner:

Bestätigte Fehlleitung von AHV-Mitteln

Intensiv mit sozialpolitischen Fragen und insbesondere mit der AHV sowie der zweiten Säule (der beruflichen Vorsorge) setzt sich Dr. Andreas C. Brunner (Zug) auseinander. «Der Freisinn» hat ihn deshalb gebeten, zum Bericht über die wirtschaftliche Lage der Rentner Stellung zu beziehen:

Vor einigen Jahren verursachte eine Untersuchung über die Lage der Rentner von Steffisburg weiterherum Aufsehen. Auch von freisinniger Seite wurde es begrüsst, dass der Nationalfonds die Durchführung eines umfassenden Forschungsprojekts ermöglichte. Dessen Ergebnisse sind nun vorgelegt worden.

Erheblicher Teil der AHV-Renten dient nicht verfassungsmässigem Zweck

Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit sind die Erkenntnisse aus der seinerzeitigen Steffisburger Untersuchung bestätigt worden: Selbstverständlich bleibt es unbestritten, dass die AHV für einen grossen Teil der Rentner von entscheidender Bedeutung ist. Ebenso eindeutig steht jedoch fest, dass ein erheblicher Teil der AHV-Mittel nicht dem verfassungsmässigen Zweck der AHV — der Existenzsicherung —, sondern der Vermögensbildung dient. Dass mehr als die Hälfte der Rentner sparen kann, ist zwar sicher erfreulich. Nachdem jedoch mehr als ein Drittel der Rentner mehr als 50 Prozent der ausbezahlten AHV-Renten zur Erhöhung ihres Vermögens verwenden, kann der Frage nicht ausgewichen werden, ob bei der AHV die sozialpolitischen Prioritäten richtig gesetzt sind.

Krasse Schwächen der geltenden Rentenformel

Das gilt um so mehr, als die offiziellen Experten das Parlament 1972 zu gravierenden Fehlentscheidungen verleitet haben. Sie behaupteten damals ja, die AHV werde ihre Renten mit Sicherheit

Spoletto

Der diesjährige Kongress der Liberalen Weltunion, der die FDP der Schweiz angehört, findet vom 24. bis zum 26. September in Spoleto (Italien) statt. Das Kongressprogramm wird im Frühsommer vorliegen. Freisinnige, die sich für eine Teilnahme an der Tagung interessieren, sind gebeten, sich mit dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz in Verbindung zu setzen.

innert weniger Jahre *allgemein* auf das für die Existenzsicherung benötigte Niveau erhöhen können. Deshalb hielt es das Parlament für verantwortlich, die Renten für die höheren Einkommensgruppen weit höher anzusetzen. Inzwischen haben sich die Behauptungen dieser Experten als gründlich falsch erwiesen. Viele Rentner müssen deshalb weiterhin mit Renten auskommen, welche nicht existenzsichernd sind. Es bedeutet deshalb auch eine klare Missachtung der primären verfassungsmässigen Aufgabe der AHV, wenn heute ein erheblicher Teil ihrer Mittel fehlgeleitet wird — eine Tatsache, welche der Bericht durch zahlreiche konkrete Angaben wie die folgenden zwei Beispiele belegt:

Von jenen rund 320 Millionen Franken, welche 1978 an Frauen mit noch nicht AHV-berechtigten, erwerbstätigen Ehemännern ausbezahlt wurden, waren rund 280 Millionen Franken — mit wissenschaftlicher Zurückhaltung ausgedrückt — «für den Lebensstandard der Empfänger unwirksam»

und «weisen daher einen extrem niedrigen Wirkungsgrad im Sinne der sozialpolitischen Zielsetzung auf». Ebenso problematisch ist es, dass zum Beispiel ein Schlosser mit einem AHV-Einkommen von 22 800 Franken von der AHV erheblich kleinere Zuschüsse erhält als ein Prokurist mit einem doppelt so hohen AHV-Einkommen von 45 600 Franken, obschon dieser einer Einkommensgruppe angehört, die den grössten Teil der AHV-Rente spart.

Werden die Auswirkungen der Rentenindexierung nach dem neuen Mischindex und die zusätzliche Begünstigung der Verheirateten berücksichtigt, zeigen sich noch krassere Schwächen der geltenden Rentenformel: Wie lässt es sich sozialpolitisch rechtfertigen, dass ein verheirateter Generaldirektor mit einem AHV-Einkommen von 165 000 Franken von der AHV grössere Zuschüsse erhält als eine ledige Verkäuferin mit einem AHV-Einkommen von bloss einem Zehntel, das heisst von nur 16 000 Franken?

Statt Giesskannenprinzip gezielter Einsatz der Mittel

Die Ergebnisse der Untersuchung machen deutlich, dass die Mittel der AHV schon längst für eine volle Existenzsicherung im Sinne der seinerzeitigen Zielsetzungen ausreichen. Das wird nur durch die seinerzeitigen Fehlentscheidungen verhindert. Diese sollten korrigiert werden. Dass die Vertreter der heute besonders privilegierten und politisch sehr einflussreichen Kreise, die in der Eidgenössischen AHV-Kommission von jeher den Ton angeben, eine solche Korrektur bekämpfen, sollte das Parlament nicht daran hindern, aus den Ergebnissen der nun vorliegenden Untersuchung die Konsequenz zu ziehen und den verfassungsmässigen Einsatz der AHV-Mittel — endlich — durchzusetzen. Es braucht hierfür lediglich den Mut, rund 5 Prozent der AHV-Rentensumme durch eine einmalige Korrektur ganz gezielt — unter Verzicht auf das Giesskannenprinzip — zugunsten der untersten Rentnergruppen umzuverteilen, eine Massnahme, welche die oberen Einkommensgruppen in keiner Weise benachteiligt. Es würde freisinnigen Parlamentariern gut anstehen, dazu die Initiative zu ergreifen, obschon sich ihre Wähler nicht primär aus jenen Kreisen rekrutieren, die auf die AHV-Renten am dringendsten angewiesen sind.



JVONTOBEL & CO.

Bankiers

Zürichs grösste Privatbank.

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Ein SBG-Angebot für Unternehmer.

Wenn Sie Ihre Bau- oder Renovationspläne lieber heute als morgen verwirklicht sehen, sollten Sie mit uns über einen Baukredit reden.

Rufen Sie uns an. Damit wir Ihnen beweisen können, wie rasch sich Ihre Pläne realisieren lassen.



Schweizerische Bankgesellschaft

Erholung in der Ostschweiz

8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung auf rein pflanzlicher Basis.

- Speziell empfohlen bei Leber/Galle- und Magenleiden.**
- Erholung in idealer Höhenlage (1000 m ü. M.)
 - gesundes Klima
 - ruhig und sonnig gelegen
 - im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
 - viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
 - Verlangen Sie unseren Kurprospekt



seit 50 Jahren
Kurzentrum Vögelnegg
CH-9042 Speicher, Telefon 071/94 23 33

ZUR ERHOLUNG UND FÜR IHRE GESUNDHEIT

Mehr als nur Ferien – im Solebad-Hotel «Flamingo»

Massagen, Solarium, Fango, Fitnessraum, Sprudelbad

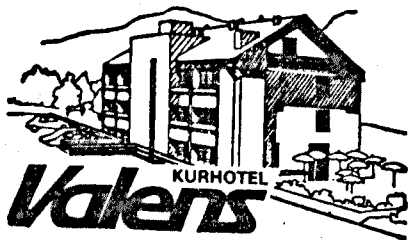
7-Tage-Arrangement zum Pauschalpreis ab Fr. 300.– (Zimmer mit Dusche/WC Fr. 350.–), Frühstücksbuffet, Abendessen, Eintritt im Solebad.

Geniessen Sie die herrliche Ruhe und Sonne in Oberhefenschwil im Toggenburg. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

FLAMINGO

Kurhotel Sole-Schwimmbad Tea Room
Fam. M. Thomasius Oberhefenschwil SG 071 / 55 12 56

Gutschein Fr. 30.–
ab 7 Tagen Aufenthalt



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.

Das ideale Hotel für erholsame Thermalbadeferien

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsorge und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
Telefon (085) 9 37 14 (Frit. Moosberger verl.)

PIZOL

Pizolhütte, 2227 m ü. M.
Im Sommer und Winter

Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende

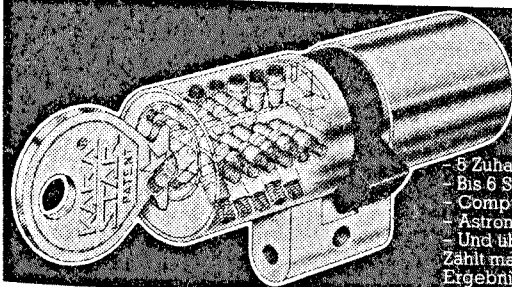
Herrliche 5-Seen-Wanderung

Für den Winter – für Skiferien und Sporttage

Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.
Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.
Touristenlager für 80 Personen.

Wir laden Sie herzlich ein
Familie Peter Kirchof, 7323 Wangs-Pizol, Telefon (085) 2 14 56/2 33 58

TIFDP88958



KABA STAR Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zählungsreihen
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräsen in Hundertstel-Millimeter
- Astronomische Schliessvarianten
- Und über 100 Jahre Erfahrung
- Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



BAUER KABA AG

Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481



SCHULER-WEINE

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Lassen Sie für Ihren Garten sich exklusiv von



beraten

Gartenbau Burstwiesenhof Spross Zürich 35 45 55

Konferenzen · Sitzungen · Tagungen

mothotel sommerau
Geschäfts- chur Essen Ihr Treffpunkt ohne Parkplatzsorgen

Unentgeltliche Rechtsauskunft

an ARZ-Mitglieder
Nichtmitglieder 10.–

Anmeldung:
Tel. (01) 241 49 90

TIFDP97802

Beratung statt vermöbeln

Unsere Öffnungszeiten:
Volketswil: 10–20 Uhr,
Sa 8–16 Uhr. Zürich: Mo, Di,
Mi, Fr, 9–18.30 Uhr;
Do 10–21 Uhr,
Sa 9–16 Uhr.

Möbelzentrum des Handwerks

Volketswil: Autobahnausfahrt
Richtung Uster, vis-à-vis Waro.
Tel. 01-945 55 81
Zürich: Uraniastrasse 28,
vis-à-vis Parkhaus Jelmoli,
Tel. 01-211 79 47

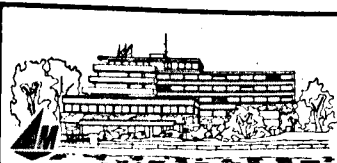
OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135
Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



ASH *****
HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delway

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Department

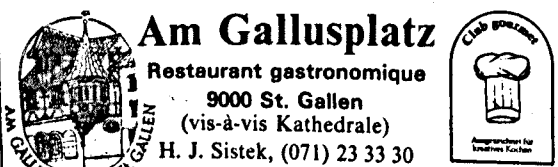
Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool, Sauna, Fitness
Grosser Parkplatz

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistik, (071) 23 33 30
Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance

(erbaut 1606 – restauriert 1974)
Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen
Rôtisserie – Café – Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft.
Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstags geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Vert. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: FDP

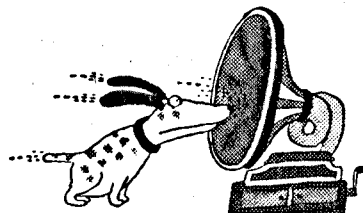
Freisinnig-Demokratische Partei

VERKAUFSERFOLG DURCH VERKAUFSTECHNIK

Wir trainieren Ihre Aussen- und Innendienst-Mitarbeiter für Marketing-gerechtes Verhalten im Verkaufsgespräch, am Telefon und in der Korrespondenz. Die Trainings können in Gruppen oder auch einzeln durchgeführt werden.

trainings-consult AG

Führungs- und Verkaufspraxis
Erlenstrasse 48, 8832 Wollerau
Tel. 01/ 784 26 45



Mit der richtigen Zeitungswerbung können Sie Ihre Konkurrenz leicht übertönen.

Damit Ihre Zeitungswerbung ankommt.

ofa

GESUCHT
in der Stadt
oder Agglomeration Zürich

BAULAND
für die Erstellung
von Ein- oder
Mehrfamilienhäusern.

GENERALBAU
Dienersstrasse 15
8004 Zürich
Tel. 01 242 10 20 malhis ag

Ruedi Schatz:
Unsere Jugend hat Anspruch auf eine Zukunft

Die Verantwortung von Wirtschaft und Staat gegenüber unserer Jugend

Wie sich unsere Zukunft gestaltet, das wird massgebend davon bestimmt, welche Antwort die Mehrheit der Menschen auf folgende Fragen gibt: Welche Auffassung von sich selbst hat der Mensch? Wie sieht er seine Aufgabe in der Gemeinschaft? Wie gegenüber der Umwelt?

Alles, was wir in Politik und Gesellschaft tun oder lassen, sind im wesentlichen nur die Folgen der Antworten auf diese Fragen. Wenn wir unsere Verantwortung gegenüber der Jugend tragen wollen, müssen wir die richtige Antwort auf diese existentiellen Probleme geben.

Jede Zeit hat ihre Probleme. Aber das Ausmass der Probleme der heutigen Welt übertrifft alles, was die Vergangenheit je gesehen hat. Unsere Welt ist klein geworden; es gibt keine Fluchträume mehr; das Schicksal der Welt ist ein Ganzes. Diese Welt ist mit Problemen konfrontiert, die kaum auf eine Lösung hoffen lassen. Der Mensch der nördlichen Industriestaaten hat materiellen Wohlstand erreicht wie noch nie in der Menschheitsgeschichte. Gleichzeitig leben auf derselben Welt 800 Millionen Arme, mehr als je zuvor, am Rande des Hungers.

Wir wissen von den Armen; sie wissen von uns; der Schutz der Ignoranz fehlt. In den meisten Ländern der Dritten Welt wird die Armut noch immer grösser; eine Lösung erscheint undenkbar; undenkbar scheint aber auch, dass sich die Menschen auf die Dauer mit dieser Situation abfinden.

Die Welt ist endlich; wir aber beuten sie weiter aus, als ob sie unendlich wäre. In den letzten 30

Jahren wurden 50 Prozent des tropischen Regenwalds vernichtet, um Boden für eine wachsende Bevölkerung zu schaffen. Nun wird der Boden weggewaschen, Wüste breitet sich aus, und wenn es so weitergeht, wird sich das Klima ändern. Es besteht auch Einigkeit, dass die Verbrennung aller fossilen Brennstoffe der Erde zu katastrophalen Klimaänderungen führen würde, und zwar innert 100 bis 150 Jahren.

Der Trost, es habe sich noch immer eine Lösung ergeben, hält nicht — noch nie hatte der Mensch derartige global wirkende, ungeheure Kräfte zu seiner Verfügung wie heute; noch nie stellten sich derartige weltweite Probleme.

Wer ist bereit zu verzichten?

Der Mensch kann langfristig denken — er ist aber nicht bereit, entsprechend zu handeln. Sein Tun und Lassen wird bestimmt von seinem Vorteil heute und morgen. Wer ist bereit, für seine Enkel Verzicht zu leisten?

Wenn wir von der Verantwortung von Wirtschaft und Staat gegenüber unserer Jugend reden, dann tönt das zu unpersönlich. Wir müssen uns fragen, welche Verantwortung jene tragen, die in Wirtschaft und Staat massgebend sind. Diese Verantwortung müsste eines verlangen: wir müssten alle die langfristigen Notwendigkeiten vor die kurzfristigen Vorteile stellen. Nötig vor allem anderen wäre es, Vorbild zu sein. Unsere Jugend hat Anspruch auf eine Zukunft. Die Zukunft versprach früher, golden zu sein; noch vor 20 Jahren glaubten die Menschen, mit Wissenschaft, Technik und Wirtschaft auf dem Weg in eine immer bessere Zukunft zu sein. Dieser Glaube ist weitgehend erloschen; der Mensch ist heute froh, wenn es nur nicht schlechter wird. Vor den zukünftigen Errungenschaften der Wissenschaft hat man mehr Angst als Hoffnung. In Nostalgie wendet sich die Jugend zurück in die Vergangenheit, obwohl dort keine Lösungen für die Zukunft sind.

Was nötig wäre, wäre die Bereitschaft der Verantwortlichen, mit dem persönlichen Vorbild voranzugehen und das zu tun, was eigentlich nötig wäre. Was wäre denn nötig?

Das Ende der Ideologien?

In Staat und Wirtschaft gilt es aufzuräumen mit der Ideologie und mit der ideologischen Utopie. Der Ideologe hat ein einäugiges Rezept zur Lösung aller Weltprobleme, setzt es mit Intoleranz durch und macht die Probleme dadurch noch grösser. Es gilt, in Wirtschaft und Staat mit der Ideologie aufzuräumen, die Menschen seien gleich. Die Menschen haben gleiche Würde und gleiche Rechte; sonst aber sind sie ungleich, ungleich in Begabung, ungleich im Lebensziel, ungleich im Fleiss, ungleich im Charakter. Das macht die Vielfalt und Einzigartigkeit des Menschen und seine Würde aus. Wenn sie gleich wären, wären sie vertauschbar. Diese Ungleichheit gilt es, neidlos anzuerkennen und zu einer vernünftigen Zusammenarbeit aller Ungleichheiten zu kommen. Die Ideologie der Gleichheit bringt Gleichmacherei auf tiefem Niveau und lässt die Kräfte der Besten erlahmen, auf welche die Schwächeren angewiesen sind. Anerkennen der Ungleichheit heisst nicht Ungleichheit der Chancen; jeder soll die ihm gemässen haben. Aber es heisst Anerkennung der Tatsache, dass

z. B. die meisten die Chance nicht nutzen können, Kernphysiker zu werden, auch wenn man sie ihnen offeriert, und heisst Anerkennen der Tatsache, dass gleiche Chancen zu ungleichen Resultaten führen. Unsere Verantwortung geht dahin, zu zeigen, dass das Resultat in Sport und Wirtschaft, in Kunst und Wissenschaft, im Denken und sogar in der zwischenmenschlichen Beziehung vom Bemühen, von der Anstrengung, von der Leistung im weitesten Sinn abhängt.

Solidarität nicht nur für sich

Unsere Verantwortung in Staat und Wirtschaft gegenüber den Jungen geht auch dahin, ihnen vorzuleben, dass man nicht nur für sich, sondern auch für die Gemeinschaft lebt; dass Solidarität nicht darin besteht, vom anderen alles für sich zu fordern, sondern darin, dem anderen nicht zur Last zu fallen und, weil man an ihm Anteil nimmt, ihm zu helfen, wenn er in Not ist.

Unsere Verantwortung in Staat und Wirtschaft geht dahin, vorzuleben, dass der Mensch einen schöpferischen und gestalterischen Auftrag hat. Sein erster Auftrag ist, sich selbst zu gestalten und seine Kräfte in Rücksicht auf andere zu nutzen. Wir müssen vorleben, dass die Konsumhaltung der Gegenwart nirgends hinführt. Man hat uns beigebracht, dass wir ein Recht, einen Anspruch auf alles haben: auf Arbeit, auf sichere Wohnung, auf Ferien in der Karibik, auf ein Auto, auf einen Fernsehapparat, auf Liebe und Fürsorge, auf Ge-

Fortsetzung auf Seite 6

Schulkoordinationsinitiative

Unsere Kinder zuliebe sollte das Schuljahr in allen Kantonen in der gleichen Jahreszeit beginnen.

Damit dieses Postulat endlich realisiert werden kann, braucht es die Volksinitiative für die Koordination des Schuljahresbeginns.

Haben Sie schon unterschrieben?
Haben Sie in Ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis Unterschriften gesammelt?

Wenn erstes zutrifft, so haben Sie Ihre Solidarität bewiesen.
Wir danken Ihnen dafür.

Sollte das zweite für sie ebenfalls eintreffen, so haben Sie gezeigt, dass auch Freisinnige «auf die Strasse» gehen können.

Für alle anderen gilt: Jetzt erhalten Sie noch einmal die Gelegenheit, Versäumtes nachzuholen. Setzen Sie Ihren Namen auf die beiliegende Unterschriftenkarte, und fordern Sie diese beim Sekretariat an. Helfen Sie uns mit, unser Ziel zu erreichen.

Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbogen sind baldmöglichst an das *Initiativkomitee für die Koordination des Schuljahresbeginns, Postfach 2642, 3001 Bern*, zu senden. Wir besorgen dann die Beglaubigung der Unterschriften. Aber denken Sie daran: *es eilt!* Am 21. Februar läuft die Frist für die Einreichung der Initiative ab.

Das Geheimnis.

Das Geheimnis der erlesensten Cigarren dieser Welt ist ein uraltes, einfaches Gesetz: Es verlangt, dass Cigarren ein ehrliches Vergnügen sind. Durch nichts als Tabak sollen sie das Auge, die Nase und den Gaumen erfreuen. Kein Kunstgriff ist ihnen erlaubt. Keine künstliche Zutat darf die Sinne täuschen.

Jede La Paz wird noch heute nach diesem Gesetz gemacht, wie schon die ersten berühmten La Paz-Cigarren von 1813.

Seit über anderthalb Jahrhunderten fertigt La Paz seine Cigarren und Cigarillos nach den gleichen Rezepten. Der Kenner nennt solche guten alten Cigarren respektvoll *Cigarros Autenticos*.

Wenn Sie darangehen, eine Cigarre auszuwählen, lohnt es, sich an dieses kleine Geheimnis zu erinnern.



Cigarros Autenticos.



Cigarillos Palitos von La Paz
Einfach und gut.
Gehaltvolle Cigarillos für jede Tageszeit.
Viel Aroma für wenig Geld.
20 Stück nur Fr. 4.80



Wilde Havana und Wilde Brazil von La Paz
Die oft kopierte, doch nie erreichte Wilde.
Einzigartig im Aroma.
Aus Tabak, mehr nicht.
5 Stück Fr. 3.—



Wilde Cigarillos
Havana- und Brazil-Typen von La Paz
Die ehrlichen Wilden Cigarillos
aus reinem, unverfälschtem Tabak.
20 Stück Fr. 8.—

Wenn Sie noch mehr über La Paz erfahren möchten, verlangen Sie bitte mit einer Postkarte die interessante Broschüre «Die Cigarre» direkt beim Importeur Säuberli AG Basel, Postfach, 4002 Basel.



Von Dr. Ruedi Schatz, der am 13. Mai 1979 erst 54-jährig beim Kanufahren tödlich verunglückt ist, sind soeben «Reden und Schriften» herausgegeben worden. Auch an ihnen lässt sich erkennen, was für einen grossen Verlust nicht nur seine Nächsten erlitten haben. Schon in seinem knapp vier Jahre dauernden parlamentarischen Lebensabschnitt ist der freisinnige St. Galler Volksvertreter stets durch seine in die Tiefe gehenden Voten aufgefallen. Die in dem von Hans Gonzenbach herausgegebenen Band gesammelten Texte Ruedi Schatz einen grossen Liberalen und Humanisten verloren hat. Sie kreisen um die Themen «Mensch», «Politik», «Wirtschaft», «Umwelt» und «Sport» und zeigen den engagierten Politiker und Zeitgenossen, der kämpft, und zwar für ein menschenwürdiges Dasein in Freiheit. Dazu gehört für Ruedi Schatz nicht nur der Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Freiheit im Sinne eines «Volksliberalismus», dessen Stunde er für gekommen den Schutz der Umwelt und war Mitbegründer und Präsident der Schweizerischen Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege. Wir publizieren hier als Anregung, selber zu diesem Band zu greifen, einen Beitrag, der gerade heute von brennender Aktualität ist; Untertitel durch die Redaktion. (Der 174-seitige Band ist in der Verlags-gemeinschaft St. Gallen erschienen.)

Skisport — auf wessen Kosten?

Weder «Nörgelei» noch «fanatische» Naturschützer

Wieder ist es soweit: Die Skisaison ist in vollem Gange, und wir vergnügen uns alle auf den perfekt hergerichteten Skipisten. Waldschneisen sind heute derart präpariert, dass sie kaum mehr unangenehme Partien aufweisen. Alle Hindernisse wurden beiseite geschafft. Ueberlegen wir uns denn je, wenn wir mit unseren Abfahrtski die herrlichen Flächen Weiss hinunterwedeln, welche Eingriffe in die natürliche Berglandschaft dazu eigentlich nötig waren? Wohl kaum, wie Ueli Halder und Roland Baumgartner feststellen:

Vergnügen und sportliche Herausforderung sind gerade in diesen Momenten derart überwältigend, dass sicherlich niemand an den nächsten Sommer denken mag, der uns eine Antwort auf diese unangenehme Frage geben würde! Aus den Augen, aus dem Sinn...

Doch der nächste Frühling kommt bestimmt

Und unter dem schmelzenden Schnee treten dann die Wunden zutage, die der Landschaft im Interesse des Wintersportes geschlagen wurden: grossflächige Planierungen, künstliche Einschnitte in die natürlichen Geländeformen, breite Waldschneisen, Kunstbauten zum Ueberwinden von Hindernissen. Solches bleibt aber dem Skifahrer verborgen, wenn er diesertags über die Abfahrtspisten flitzt. Und sollte er tatsächlich um die Problematik von Erschliessungen, um die Höhe des «Preises» seines sportlichen Vergnügens wissen, so ist er wohl kaum bereit, sich seine kostbare Ferienstimmung durch solche unangenehme Gedanken verderben zu lassen. Wir sind in der Euphorie des Wintersports einzig und allein darüber froh, dass die Sesselbahngesellschaft in enger Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverein und den Gemeindebehörden sämtliche Unebenheiten, Steine, Felsen, Bäume, Wälder weggeräumt hat.

Dabei wäre die Tragweite dieser landschaftlichen Eingriffe wahrlich einige Gedanken wert. Solange es nur darum geht, einige gefährliche Felsbrocken aus einer Abfahrt zu entfernen, wird wohl kein vernünftiger Mensch auch nur das Geringste dagegen einwenden. Wenn aber — wie in den meisten Fällen — grossflächig planiert wird mit dem Ziel, einerseits ungeeignetes Gelände abfahrtsstechnisch zu erschliessen, andererseits die natürliche Schneeschmelze durch maschinelle Präparation möglichst hinauszuzögern, dann sind Zweifel schon eher angebracht.

Welches sind die Folgen solcher Eingriffe?

● Beim Planieren wird die natürliche Vegetationsdecke zerstört, in vielen Fällen sogar mitsamt der darunter liegenden Erdschicht entfernt. Die Bildung einer neuen

Humusschicht aber dauert mehrere Jahrhunderte!

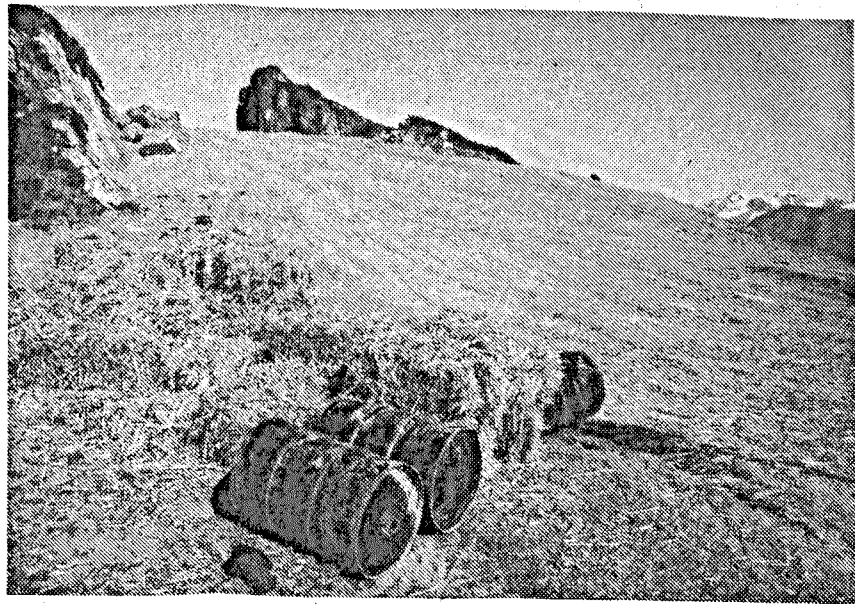
● Durch die Bearbeitung mit schweren Baumaschinen wird der Boden derart verdichtet, dass weder Luft, Wasser noch Wurzeln richtig eindringen können. Damit wird eine pflanzliche Neubesiedlung erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht.

● Durch das ständige Walzen der Piste wird der Schnee so stark zusammengepresst, dass er im Frühjahr beträchtlich langsamer schmilzt. Damit wird zwar die Skisaison verlängert, gleichzeitig aber auch die — an sich schon knappe — Vegetationszeit verkürzt. Folge: In höheren Lagen haben manche Pflanzenarten Mühe, sich vor dem nächsten Schneefall überhaupt noch versamen (und damit überleben) zu können.

● Wo die schützende Vegetationsdecke fehlt, kann die Erosion ungehemmt wirken. Grosse Mengen des kostbaren Humus werden durch Regen- und Schneewasser weggeschwemmt oder durch den Wind weggeblasen.

● Das Einsäen planierter Flächen ist zwar besser als gar nichts, aber es hat auch seine Tücken. Langjährige Untersuchungen haben gezeigt, dass künstliche Begrünungen in Höhen über etwa 2200 m ü. M. auf die Dauer keinen Erfolg haben. Und selbst gelungene Begrünungen in tieferen Lagen stellen letztlich nicht viel mehr dar als landschaftliche «Kosmetik»: Es sieht zwar grün aus, die eigentlichen Schäden aber sind damit nicht behoben. Das veränderte Bodenrelief etwa — wichtige Voraussetzung für die Existenz vieler der ursprünglich hier lebenden Pflanzen- und Tierarten — ist damit nicht wiederhergestellt.

Vielleicht ist nun deutlich geworden, dass das Problem der Skipisten keinesfalls unterschätzt werden darf — und es zu verharmlösen oder gar als Nörgelei sentimentaler Sommerfrischler und «fanatischer» Naturschützer abzutun, wäre wohl das dümmste; denn wer ist schon gewillt, unsere Landschaft so billig zu verkaufen? Wen gelüstet es nämlich nicht, nach den letztjährigen Traumferien am Meer und den tollen Winterferien nächsten Sommer wieder einmal unsere heile (mit Planierungen geschmückte) Bergwelt zu geniessen? — Ski Heil?



Selbst sorgfältige und mit grossem finanziellem Aufwand betriebene Begrünungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass grossflächige Skipistenplanierungen fragwürdige Eingriffe in die Berglandschaft bedeuten.



Skipistenplanierungen oberhalb der Waldgrenze: Wiederherrichtung und Begrünung sind selten erfolgreich, schwere Erosionsschäden (mit Grabentiefen bis zu 1,5 m) dafür um so häufiger.

Fortsetzung von Seite 5

meinsamkeit und, weil wir einen Anspruch darauf haben, uns nicht darum bemühen müssen. Konsum ist passiv. Konsum braucht keine Verantwortung, keine Zusammenarbeit; er schafft nichts, er verzehrt nur. Wir müssten der Jugend vorleben, dass der Sinn des Lebens nicht im Konsum, sondern in der Schöpfung liegt, in der Anstrengung. Diese Anstrengung kann auch in einem Verzicht bestehen.

Mythos des Wachstums brechen

Wir wissen, dass eine weitere Steigerung unseres materiellen Wohlstandes weder nötig noch erwünscht ist und die Welt in unlösbare Konflikte führt. Nur schon die Steigerung des materiellen Konsums der ganzen Weltbevölkerung auf das Niveau Süditaliens würde die natürlichen Lebensgrundlagen dieser Welt restlos zerstören. Wir müssen lernen zu verzichten. Die Ideologie des unbedingten Wachstums und der Notwendigkeit dieses Wachstums zum Ueberleben ist tief in uns eingepflanzt. Sie ist für uns gleichbedeutend mit besserem Leben. Sie ist unbewiesen, und alle Gründe dafür sind nicht rational, sondern scheinbare Rechtfertigung unserer Vorurteile und Wünsche. Wir müssen mit diesem Mythos brechen.

Wir müssen dem Menschen vorleben, dass das Leben an sich eine Aufgabe und einen Sinn bedeutet und dass Leben aus Licht und Schatten besteht. Wo kein Schatten ist, wird der Begriff des Lichts sinnlos. Wo kein Böses ist, gibt es kein Gutes. Wo kein Unglück ist, gibt es kein Glück. Wir müssen ihm zeigen, dass der Sinn des Lebens im Ueberwinden von Schwierigkeiten besteht, woraus das Glück entspringt; dass der Staat nicht dazu da ist, dem Einzelnen risikoloses, glückliches, problemloses, leistungsloses Leben zu ermöglichen, sonst bringt

dieser Staat den Menschen um die beste Lebenserfahrung, die er haben kann, die Erfahrung, dass er fähig ist, mit sich und seinen Schwierigkeiten fertig zu werden. Wir müssen dem Einzelnen in Staat und Gesellschaft zeigen und vorleben, dass unbeschränkte Freiheit zum Chaos führt. Der Mensch ist nicht einfach gut. Wo man ihn freispricht, alles zu tun, entsteht das Chaos, der Kampf aller gegen alle. Das Zusammenleben macht Ordnung, macht Regeln notwendig, die für alle gelten. Sie sind nicht gleichbedeutend mit den gesellschaftlichen Konventionen der oberflächlichen Wohlanständigkeit. Sie sind gleichbedeutend mit der Wahrhaftigkeit und einer festen Werteskala. Darin rangiert die eigene Leistung höher als die Forderung an andere, Hingabe höher als der Konsum von Menschen, der Konsum von beziehungsloser Sexualität.

Die fast hoffnungslose Aufgabe

Wir müssen den Mut haben, den Jungen vorzuleben, dass die Anerkennung von Autorität und offener Hierarchie für das Leben in jeder Gemeinschaft notwendig ist; Autorität nicht basierend auf gesellschaftlichen Konventionen, sondern basierend auf der Persönlichkeit. Und wir müssen ihnen vorleben, dass diese Welt keine Lösungen ohne Zielkonflikte erlaubt und, was wir tun, seine Schattenseiten hat und wir in jedem Fall sorgfältig abwägen müssen, wo der Vorteil und wo der Nachteil überwiegt.

Wenn wir das alles tun, dann werden die unmittelbaren, handgreiflicheren Ziele erreicht. Wir sichern dann die Arbeitsplätze in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft, auf welche jeder für ein sinnvolles Leben Anspruch hat. Die Arbeit hat dann ihren Sinn, auch wenn sie bescheiden ist. Und wenn wir das vorleben, dann wird der Staat zur Gemeinschaft, in welcher jeder

mitwirken kann, mit gleicher Stimme und mit unterschiedlichem Beitrag. Wenn wir das tun, sichern wir der Jugend auch in Zukunft eine Heimat in einer Welt, die noch Heimat sein kann. Wir machen sie heute mit den sogenannten wirtschaftlichen Zwängen von Tag zu Tag hässlicher. Wo der Mensch die Beziehung zu einer intakten Natur verliert, da leidet nicht nur seine Gesundheit, sondern auch seine Seele. Die Erhaltung der körperlichen und seelischen Gesundheit ist ein weit wichtigeres Ziel als die Steigerung des Wohlstands und die ungehemmte Förderung einer seelenlosen Technik.

Das alles tönt idealistisch; aber es ist fern von Ideologie. Wir lehnen diese Erkenntnis nur darum ab, weil sie un bequem ist und mit unseren bisherigen Gewohnheiten bricht. Das ist ein Grund mehr, um zu versuchen, nach ihr zu leben. Die Aufgabe erscheint fast hoffnungslos. Aber das Unwahrscheinliche ist immer eingetreten. Der heutigen Welt fehlt die Zuversicht. Aber die Möglichkeiten des Menschen sind gross, und alles ist möglich. Nur wenn wir diese Zuversicht haben, hat der Aufbruch zu einem Leben der Verantwortung seinen Sinn.

Jugendunruhen: FDP-Vorstoss zeitigt Folgen

Nicht ohne Konsequenzen bleibt das vom freisinnigen Schaffhauser Volksvertreter Kurt Schüle eingereichte Postulat, welches konkrete Empfehlungen zur Jugendpolitik zuhanden der kantonalen und der kommunalen Behörden fordert. Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, den von 45 Nationalräten unterzeichneten Vorstoss entgegenzunehmen und die Eidgenössische Jugendkommission zu beauftragen, die entsprechenden Arbeiten an die Hand zu nehmen.

Personen

Nicht nur auf dem politischen Parkett, sondern auch auf der Skipiste können sich FDP-Politiker erfolgreich bewegen. Der Luzerner Nationalrat Manfred Aregger kam beim traditionellen englisch-schweizerischen Parlamentarier-Skirennen in Davos auf den zweiten Platz. Sieger wurde Nationalrat Adolf Ogi — der (noch) Skiverbands-Direktor muss allerdings als Profi bezeichnet werden.

Aber auch die freisinnigen Frauen sind sportlich engagiert: Nationalrätin Susi Eppenberger (Nesslau SG) nahm erstmals im vergangenen Jahr teil. Sie durchbrach damit ein ungeschriebenes Tabu — das sportlich-familiäre Treffen war bis anhin ein reiner Männeranlass. Folge: nun gibt es auch einen Ladies-Cup.

Zu den tragenden Stützen und Mitinitianten dieses Anlasses gehört ein Freisinniger, der immer noch aktiv mitwirkt: alt Nationalrat René Bühler (Uzwil).

Auch im Schnee tummelte sich der Basler Volksvertreter Paul Wyss. Zur Bereinigung ihrer Arbeit zog sich die von ihm präsi dierte Arbeitsgruppe Prospektivstudie zu einer Tagung nach Rigi Kaltbad zurück. Die «Kaltbadener Thesen» sollen dem Vernehmen nach demnächst ihre Feuertaufe bestehen müssen...

Arbeitslunch des FDP-Fraktionsvorstandes. Zur Beilage gibt es auch Spinat. Bundesrat Fritz Honegger verzichtet auf das ei senhaltige Gemüse, was prompt die Frage an den Volks- und Landwirtschaftsminister provoziert: «Was hat's denn da drin?»

Ständerat Bürgi zur Finanzsituation des Bundes

Weiterhin ernst

«Die Budgetlage der Eidgenossenschaft ist weiterhin ernst.» Dies stellte der St. Galler Standesherr Dr. Paul Bürgi bei der Beratung des Budgets des laufenden Jahres in der kleinen Kammer fest. Seine grundsätzlichen Ausführungen verdienen breite Beachtung über den Tag hinaus, weshalb wir sein Eintretensreferat nachstehend wiedergeben.

Die Budgetlage der Eidgenossenschaft ist weiterhin ernst. Einige einleitende Schlagzeilen mögen dies belegen:

- Das hervorstechende Merkmal ist ein Defizit der Finanzrechnung von rund 1180 Mio. Fr. Das Ziel, den Fehlbetrag unter eine Milliarde Franken zu drücken, wurde nicht erreicht.
- Die Rechnung der Vermögensveränderungen ergibt sogar einen Fehlbetrag von 1890 Mio. Fr. in der Gesamtrechnung des Bundes.
- Die seit 1971 entstandenen Defizite belaufen sich auf 11,6 Mia. Franken.
- Der Fehlbetrag der Bilanz, dass heisst die Aufrechnung aller Aktiven und Passiven, ergibt 15,1 Mia. Fr.
- Die tatsächliche Verschuldung ist indessen höher als der Fehlbetrag der Bilanz und beträgt Ende dieses Jahres 20 Mia. Fr.

Die Verzinsung der Schulden erfordert im nächsten Jahr 970 Millionen und nähert sich damit der Milliardengrenze.

Getroffene Sanierungsmassnahmen

Das Defizit von 1180 Mio. Franken der Finanzrechnung konnte nur durch beträchtliche Sanierungsmassnahmen herbeigeführt werden. Ohne diese würde sich der Fehlbetrag in der Nähe von 2 Milliarden Franken bewegen.

Das von den Stimmberechtigten Ende November gutgeheissene Sparpaket Nr. 3 schliesst sich dem Paket Nr. 2 von 1977 und dem Paket Nr. 1 aus dem Jahre 1975 an. Ohne dieses Bün-

del von Sparmassnahmen würden die Ausgaben der Eidgenossenschaft 19 Mia. Fr. übersteigen, wogegen der Ausgabenbetrag des Budgets 1981 rund 17,3 Mia. Fr. beträgt. Die sukzessive getroffenen Sparmassnahmen haben also ihre feststellbaren Auswirkungen.

Der Erfolg der Ausgabenstraffung kann auch in anderer Richtung nachgewiesen werden, nämlich bei den Bundesbeiträgen. Diese betragen

1976 35,3% der Gesamtausgaben
1981 29,6% der Gesamtausgaben



Zum erstenmal seit 1973 konnten die Bundesbeiträge wieder unter die 30%-Grenze gesenkt werden.

Budgetausgleich muss angestrebt werden

Jeder unbefangene Betrachter ist vom andauernden Ungleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt beeindruckt. Die erzielten Einsparungen werden durch den Automatismus gewisser Ausgabensteigerungen teilweise wieder wettgemacht. Das Problem, wie im Bundeshaushalt wieder ein Budgetgleichgewicht erreicht werden kann, ist weiterhin eine zentrale Frage der schweizerischen Politik. Die Sparanstrengungen müssen zielgerichtet weitergeführt werden. Wir können es uns nicht leisten, auf den Lorbeeren auszuruhen.

Das Problem der Verschuldung

In den Jahren 1950-70 konnte der Bund Schulden abbauen, wogegen bei den Kantonen und Gemeinden im Zeichen des Infrastrukturbedarfes eine starke Verschuldung eintrat. Seit 1970 haben sich die Verhältnisse erheblich verändert, indem der Bund an die Spitze der Verschuldung getreten ist, wie folgende Zahlen belegen:

Zunahme der Schulden seit 1970:	
● Bund	172%
● Kantone	115%
● Gemeinden	63%

Diese Entwicklung äussert sich in einer sprunghaften Zunahme des Zinsaufwandes von 250 Mio. im Jahre 1970 auf 970 Mio. im Budget 1981. Diese Ausgabenposition ist die expansivste des ganzen Bundeshaushaltes geworden. Sie wird es bleiben, wenn der Neuverschuldung nicht Einhalt geboten werden kann.

Freilich stehen den Zinsaufwendungen auch Zinserträge gegenüber. Der Hauptteil stammt von den Schweizerischen Bundesbahnen, die dafür ein erhöhtes Defizit ausweisen, das wiederum von der Bundeskasse zu tragen ist. Was im Protektionäre eingeht, muss aus der Brieftasche wieder zurückbezahlt werden.

Das Budget 1981 führt zu zwiespältigen Betrachtungen. Einerseits muss anerkannt werden, dass Bundesrat, Parlament und Verwaltung den Weg in eine neue finanzpolitische Ära sicherer beschreiten als noch vor einigen Jahren. Andererseits gibt die rasch ansteigende Zins- und Schuldenlast der Eidgenossenschaft zu schweren Bedenken Anlass. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, hierfür finanziell vertretbare und politisch durchsetzbare Lösungen zu finden.

stungen und in vielen Fällen auch kostengünstigere Lösungen gefunden werden.

Für eine Privatisierung eignen sich auch Staatsleistungen, deren Kosten individuell zugerechnet und deren Nutzniessung klar gegenüber anderen abgegrenzt werden können. Hier fallen vor allem Bereiche der kantonalen und der kommunalen Ebene in Betracht, so beispielsweise die Wasser- und die Energieversorgung. Nicht völlig auszuschliessen sind auch Teile des Gesundheits- und Erziehungswesens. Bei den Kostenvergleichen zwischen öffentlicher und privater Abwicklung fällt die letztere in den meisten Fällen günstiger aus. Studien und Erfahrungen aus andern Ländern, z. B. der Bundesrepublik Deutschland und den USA, sind vorhanden. Der Bund könnte mit einer solchen Abklärung und einer auf seiner Stufe sinnvollen Privatisierung auch auf den unteren Ebenen einiges in Gang bringen.

Nicht bis ins Uferlose

Es gibt eine Palette von Privatisierungsmodellen: selbständige und unselbständige Anstalten, Pachtvergabe, gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, Monopolkon-

Die Motion im Wortlaut

Der Bundesrat wird ersucht

- Bericht darüber zu erstatten, welche öffentlichen Aufgaben auf privater Basis gelöst werden könnten.
- konkrete Privatisierungsmöglichkeiten mit den allenfalls erforderlichen gesetzgeberischen Massnahmen vorzuschlagen, dergestalt, dass damit kein Leistungsabbau verbunden ist und die öffentlichen Interessen gewahrt bleiben.

zessionen oder Kooperation öffentlicher und privater Institutionen. Es können auch staatliche Befugnisse auf Zeit oder mit bestimmten Auflagen delegiert werden. Im Ausland hat man auch schon das sogenannte «Gutscheinsystem» angewendet. Zweifellos lohnt es sich, die in Frage kommenden Möglichkeiten gründlich zu prüfen. Das heisst nicht, dass sich ein solches Unterfangen ins Uferlose verlieren muss. Die zu treffenden Abklärungen sind thematisch und zeitlich zu fixieren. Zweckmässig wäre, verwaltungsexterne Experten beizuziehen. Der zu erstattende Bericht sollte in Schlussfolgerungen und Vorschläge mit konkreten gesetzgeberischen Anträgen ausmünden.

Fortsetzung von Seite 1

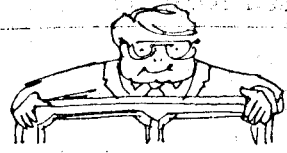
gefährdete Arbeitsplätze oder andere zwingende Gründe. Der Staat ist manchmal auch tätig geworden, bloss weil er über das erforderliche Geld zur Bewältigung neuer Aufgaben verfügte. In gewissen Fällen war die private Initiative für die Bereitstellung bestimmter Güter und Leistungen nicht oder noch nicht in genügendem Masse vorhanden. Oft waren es auch ideologische Gründe, eine verbreitete Anspruchmentalität oder der Glaube an die umfassende Machbarkeit des Staates, die dazu führten.

Wir sollten darangehen, das eng verschlungene Geflecht der im Laufe der Jahrzehnte kumulierten Bundesaufgaben zu lichten und mögliche Entlastungen mit entsprechenden Kostensenkungen herbeizuführen. Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit sollten vom Staat aus stimuliert und nicht substituiert werden. Dann sind effizientere und kostengünstigere Lösungen möglich, ohne dass damit ein Leistungsabbau verbunden oder öffentliche Interessen geschmälert werden müssen. Der Staat kann mit der Uebertragung von Aufgaben auf private Ebene entsprechende Auflagen verbinden. In den USA bewerkstelligt man das mit den sogenannten «regulations». Gewisse generelle Grenzen und Auflagen sind ohnehin zum vorneheren gegeben, so etwa im Interesse der Schonung unserer Umwelt, der Sicherung unseres Sozialgefüges und der Absicherung gegen Krisenlagen.

Welche Bereiche können in Frage kommen?

Zu denken ist an die staatliche Wirtschaftstätigkeit, an die Datenverarbeitung, an schwerfällige Beschaffungsabläufe beispielsweise im Rüstungssektor, an die Befriedigung von Verkehrsbedürfnissen, aber auch an Reinigungsarbeiten, Reparaturarbeiten oder an Schreib- und Druckaufträge. Diesbezüglich liefert die Bundesrepublik Deutschland praktische Beispiele. Eine gründliche Durchforschung der Vielzahl von Bundesaufgaben wird zweifellos verschiedene Bereiche Privatisierung praktikabel und sinnvoll wäre. Auch in der allgemeinen Verwaltung könnten durch Auftragsvergabe an private Unternehmen wünschbare Entla-

Tribüne



«Kulturinitiative» — ein Anstoss

Im Frühling 1980 hat die Unterschriftensammlung für die «Eidgenössische Kulturinitiative» begonnen. Der Zweck dieser Initiative ist, sehr generell gesagt, die Verankerung des Bewusstseins für die Unentbehrlichkeit der Kultur und ihrer Förderung in der BV. Die (verfassungs)gesetzlichen Mittel, die die Initianten zur Realisierung dieses Ziels vorschlagen, sind nicht unbestritten und in diesen Spalten schon kritisiert worden. Im Folgenden verteidigt Georg Kohler als Befürworter die «Kulturinitiative» gegen Einwände ihrer Kritiker.

«Kultur» ist mehr als ein Wort; was dies Wort aber eigentlich meint, ist nicht leicht zu sagen. In einer weiten Bedeutung — als Gegenbegriff zu «Natur» — ist es Universalbegriff für alles, was vom Wirken des Menschengeschlechtes zeugt; in engerer Bedeutung — im Unterschied zu «Zivilisation» — steht «Kultur» für jenen Bereich von Verhaltensweisen, Handlungen und Werken, die (wie das Machen und Verstehen von Musik, Malerei, Film und Dichtung usw.) ihren Sinn nicht aus der Sicherung und Verbequemlichung der Existenz des Menschen, sondern aus dem Wunsch nach Darstellung und (damit aus der Notwendigkeit der) Reflexion des menschlichen Daseinsinnes gewinnen.

Der Einsicht, dass es diese Leistungen kultureller Selbstvergewärtigung braucht und jede — jedenfalls die freiheitliche — Gesellschaft ohne ihre lebendige Weiterentwicklung verkümmert, wird sich niemand verschliessen. Den meisten dürfte es deshalb auch einleuchten, dass der Staat bzw. seine Bürger ein Interesse am Gedeihen «der Kultur» nehmen müssen. Ein Interesse nehmen — das heisst aber: sie fördern, wollen. Exakt diese Ueberlegungen (die seinerzeit auch den Clottu-Bericht auf den Weg gebracht haben) versucht die «Kulturinitiative» zu konkretisieren.

Pro memoria: Diese im Februar 1980 lancierte Verfassungsinitiative auf Bundesebene möchte in die Verfassung einen Artikel einbringen, der den Bund ausdrücklich beauftragt, erstens das aktuelle kulturelle Schaffen zu fördern, zweitens den Schutz und die Erhaltung des bestehenden Kulturgutes zu besorgen, drittens möglichst breiten Schichten der Bevölkerung Zugang zum kulturellen Leben zu ermöglichen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben soll dem Bund jährlich ein Prozent (wobei das Parlament diesen Prozentsatz um einen Viertel erhöhen oder reduzieren kann) der Gesamtausgaben zur Verfügung stehen, was gegenüber der Situation von 1980/81 eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Mittel bedeutet. Die Initiative wird getragen und organisiert von einem grossen Spektrum kultureller Organisationen, das neben Schriftstellerverband, Tonkünstlerverein, Filmern usw. auch den Heimatschutz und die Vereinigung für Erwachsenenbildung umfasst.

Wer gegen die «Kulturinitiative» argumentiert, verfährt normalerweise nach dem modifizierten Muster von Radio Eriwan: Im Prinzip ja, aber... Im Prinzip muss man mehr für die Kultur tun, aber nicht so. Nämlich erstens nicht zentralistisch von Bern aus, zweitens nicht über eine Ein-Prozent-Klausel, drittens nicht ausgerechnet heute, in den Zeiten knap-

per öffentlicher Gelder. Dem lässt sich entgegen: Kulturförderung ist eine Aufgabe, die sich auf allen staatlichen Ebenen stellt, denn für bestimmte Aufgaben bildet die Gemeinde den angemessenen Rahmen, für andere der Kanton, für viele der Bund. Es ist beispielsweise eine soziologische Tatsache, dass sich das kulturelle Leben immer stärker auf die städtischen Agglomerationen konzentriert, während die Substanz der Kultur auf dem Lande mehr und mehr ausgedünnt wird. Das gefährdet, wie man rasch erkennt, die lebensweltlichen Voraussetzungen auch unseres politischen Föderalismus. Gerade also um diesen in seinen realen Grundlagen zu sichern, muss — gerade — der Bund mithelfen, das kulturelle Gefälle auszugleichen.

Sodann: Kulturausgaben werden leider allzuoft und aus leicht erklärlichen Gründen als geeignete finanzpolitische Manövierrasse verstanden. «Der Kultur» fehlt eine schlagkräftige Lobby: das Darben von Filmern und Poeten, der Ausfall ihrer Produktion scheint leicht zu wiegen, wenn es um Nationalstrassen und Krankenkassen geht. Um solchen (Kurz-)Schlüssen vorzubeugen, will man die starre und gewiss nur im Ausnahmefall verfassungspolitisch vernünftige Prozentfixierung einführen. Die Klausel soll erinnern, dass nichts gratis ist, auch Kultur

Die im «Tribüne»-Beitrag geäusserte Meinung muss sich nicht mit jener der «Freisinn»-Redaktion decken.

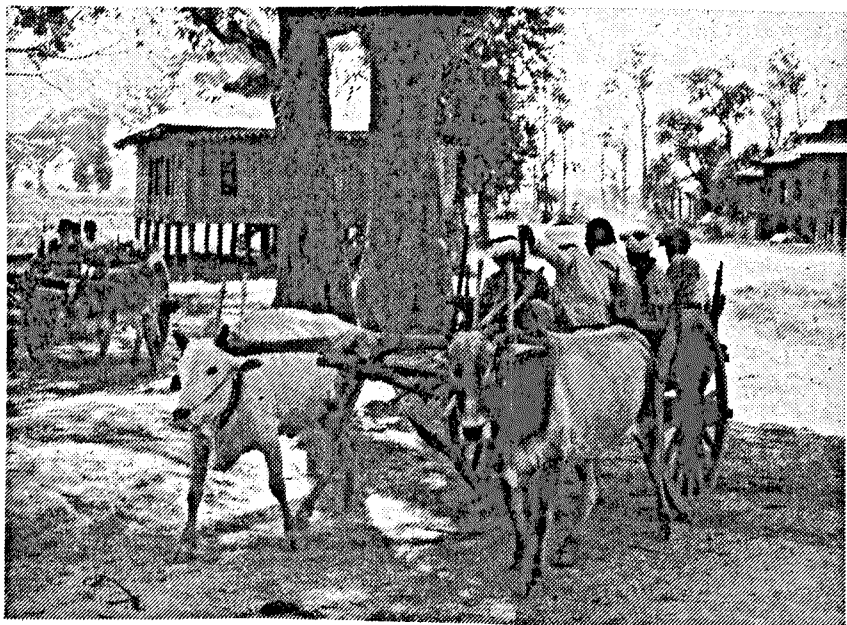
nicht. Dies nicht zu verdrängen ist vor allem dann entscheidend, wenn man die Kosten spürt. Womit wir beim dritten Punkt wären: Natürlich ist Sparen das Stichwort der aktuellen Lage. Aber Sparen kann nicht bloss eine Sache quantitativer Kürzens sein; sinnvoll geschieht es erst, wenn es die Anstrengung qualitativer Bewertung auf den Plan ruft. Und unter diesem Gesichtspunkt muss man zugeben, dass «die Kultur» bislang zu kurz gekommen ist.

Diese letzte Feststellung liess sich breit belegen und lange erörtern. Dazu fehlt hier freilich der Platz, was gar nicht so schlimm ist. Zweifellos gibt es ja nicht bloss aus diesem, sondern auch aus anderen Blickwinkeln noch viele Argumente für (und gegen) die konkrete Formulierung der Kulturförderung, die die «Kulturinitiative» vorschlägt. Und zweifellos, das sei zugestanden, ist die vorliegende Formulierung nicht der Weisheit letzter Schluss. Ihn zu suchen ist aber jetzt nicht der Zeitpunkt. Denn eine Initiative ist eben eine Initiative: eine politische Offerte also. Ueber das Akzept zu streiten ist erst die Funktion der parlamentarischen Beratung. Zunächst jedoch muss es so weit überhaupt kommen können. Darum also bin ich für die «Kulturinitiative»: Ist man sich im Prinzip darüber einig, dass «der Kultur» in unserem Land nicht der politische Stellenwert eingeräumt wird, den ihr Gedeihen (bzw. Verkommen) so oder so, gesellschaftlich betrachtet, hat, dann ist es wichtig, dass das Thema «Kultur» ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt und seine grundsätzliche Bedeutung anerkannt wird. Zu diesem Prozess, scheint mir, liefert die «Kulturinitiative» endlich den möglichen Anstoss.

Zwischen den Blöcken

Burma — ein Land sucht seinen eigenen Weg

Vor einigen Jahren öffnete Burma, das seit 1962 in Isolierung lebt, dem Tourismus ein wenig seine Tore. Die Einreise in dieses Land gestaltet sich heute praktisch problemlos. Ausser, dass der Aufenthalt auf sieben Tage beschränkt ist; eine Verlängerung der Genehmigung ist praktisch nicht möglich. Allerdings ist die Reise ins Landesinnere mit zahlreichen Auflagen verknüpft, da aus Sicherheitsgründen nicht alle Gebiete für Ausländer frei zugänglich sind.



Trotz der Öffnung der Grenzen hält sich auch heute noch der Touristenstrom in bescheidenen Massen. Neben den Gruppentouristen und wenigen Geschäftsleuten sind es vor allem Individualisten, die einen kurzen Abstecher in ein Land unternehmen, das die Einreise nur auf dem Luftweg über den Flughafen der Hauptstadt Rangoon erlaubt. Die Landgrenzen zu den Nachbarstaaten sind geschlossen, wobei ein beschränkter «kleiner Grenzverkehr» für die Anstösler — jedoch nicht für Angehörige dritter Staaten — möglich ist. Und eine Einreise auf dem Seeweg scheitert am Fehlen entsprechender Möglichkeiten.

Eingeschränkter Tourismus

Obwohl seit Jahren die Rede davon ist, dass die Aufenthaltsdauer verlängert werden soll, hat die Regierung von einem solchen Schritt bis heute Abstand genommen. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Allein schon die beschränkten Hotel- und Transportkapazitäten rufen nach Restriktionsmassnahmen. In der Hauptstadt selbst stehen einige wenige Hotels zur Verfügung, im Landesinnern sind es noch weniger. Aus Sicherheitsgründen sieht sich die Regierung zeitweise gezwungen, Touristen die Landreise zu verbieten und auf den Luftweg

zu verweisen. Dabei ergeben sich wiederum Kapazitätsengpässe, da die burmesische Fluggesellschaft nur mit kleinen Maschinen — vorwiegend der Typen Fokker F-28 und F-27 — operiert.

Die Beschränkung des Reiseverkehrs kann allerdings nicht allein mit infrastrukturellen Engpässen begründet werden: Sowohl aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen erachtet die burmesische Regierung eine Ausweitung des Fremdenverkehrs als nicht tragbar.

Seit über 30 Jahren praktisch im Kriegszustand

Burma befindet sich seit Jahrzehnten praktisch im Kriegszustand. Präzise Informationen über die tatsächliche Lage sind nicht erhältlich. Grenzgefechte gehören wie Ueberfälle im Landesinnern, ausgelöst durch Aktionen der militanten ethnischen Minderheiten und der Kommunisten, zu den Alltäglichkeiten. Dazu kommt die Ohnmacht der Zentralregierung, die Aktivitäten im «Goldenen Dreieck» — dem Grenzgebiet mit Laos und Thailand —, wo Schmuggel und Opiumhandel blühen, auch nur im entferntesten zu überwachen, wie überhaupt deren Unfähigkeit, die Macht auf dem gesamten Territorium des Landes auszuüben.

Mehrere Bevölkerungsgruppen kämpfen um regionale Autonomie-rechte bereits seit Burma nach einem langen Kampf 1948 die Unabhängigkeit von den Engländern erlangte. Nachdem es der Regierung U Nu, für asiatische Verhältnisse als demokratisch gewählt zu bezeichnen, nicht gelang, die Aufstände zu unterdrücken, und sie deshalb bereit war, einzelnen Stämmen Autonomie-rechte zu gewähren, putschten 1962 die Militärs, weil sie ein Auseinanderbrechen des als Union aufgebauten Staates befürchteten.

Aber auch den Militärs unter Ne Win, der noch heute — nach 18 Jahren — an der Spitze der Regierung steht, gelang es nicht, die unbotmässigen Landesbrüder unter Kontrolle zu bringen. Und dies, obwohl mit einem massiven Militäraufgebot versucht wurde, die Herrschaft über das ganze Land sicherzustellen.

Wohl finden in den Regionen, über die die Regierung die Macht ausüben kann, Wahlen statt, doch zugelassen ist einzig die staatliche Einheitspartei. Die Wahlen werden so, trotz erheblichem Propagandarummel in der staatlich kontrollierten Presse und im Radio — ein Fernsehnetz wird erst aufgebaut —, zur reinen Farce.

Erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten

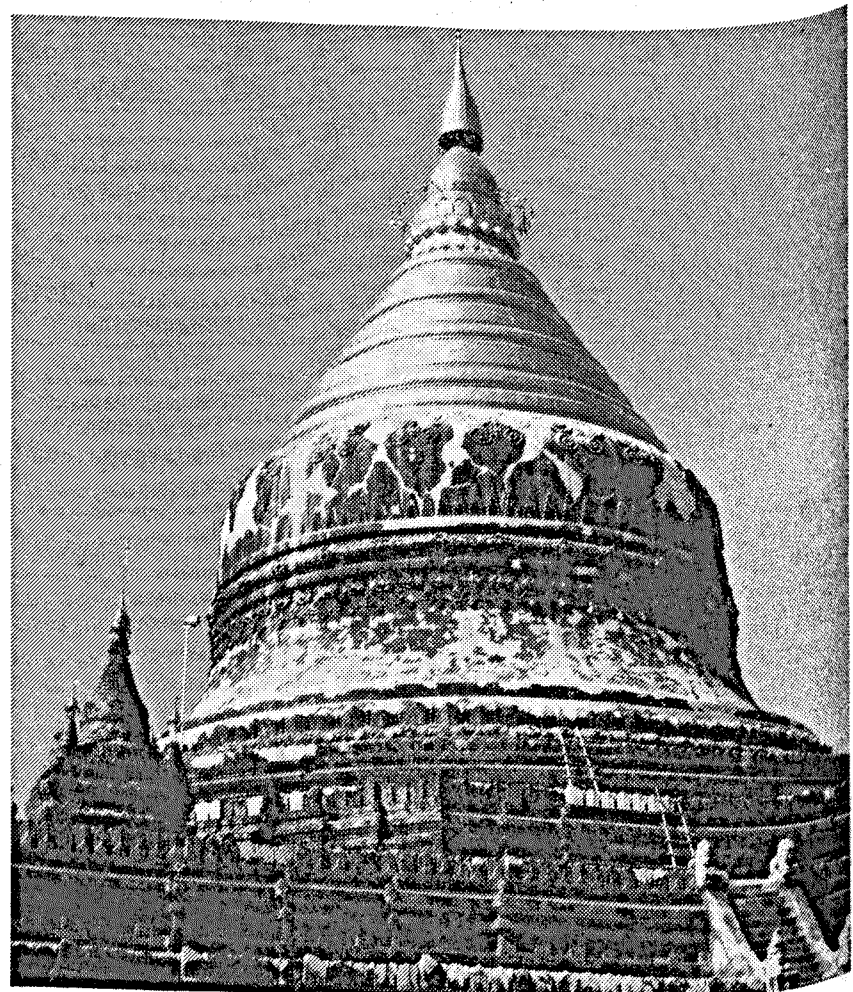
Aber nicht nur mit politischen, sondern auch mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpft Burmas Regierung. Die selbstgewählte Isolierung war nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche. Propagiert wurde der «burmesische Weg zum Sozialismus»: Verstaatlichung und rigore Preiskontrolle führten zu einem Erlahmen der privaten Initiative, und der ehemals grösste Reisexporteur der Welt wurde zum Importeur. Folge der Restriktionen war das Entstehen einer parallelen Schattenwirtschaft mit blühendem Schwarzmarkt.

Das Scheitern der «burmesischen Lösung» führte zu erheblichen Spannungen und einer Korrektur der Wirtschaftspolitik im Jahre 1971. Trotz der teilweisen Öffnung der Grenzen auch für den Handel und der teilweisen Lockerung der privatwirtschaftlichen Restriktionen konnte kein «Sprung nach vorne» verzeichnet werden. Die nur beschränkt vorhandenen Devisen behindern zudem den Aussenhandel. Und da ein Grossteil des Staatseinkommens für militärische Zwecke aufgewendet werden muss, fehlen auch von dieser Seite dringend nötige Mittel zum Aufbau der Wirtschaft des Landes. Die wirtschaftliche Lage Burmas wäre noch katastrophaler, wenn es nicht auf eigene Erdölreserven zurückgreifen könnte.

Allerdings ist Burma als potentiell reiches Land einzustufen. Die Erdölvorräte würden einen Export in grösserem Umfange erlauben. Zudem verfügt das Land über reiche Bodenschätze. Beide — Erdölvorkommen wie Bodenschätze — werden jedoch zu wenig genutzt. Die gestiegenen Reiserträge erlauben jedoch wieder erste Exporte.

Wann kommt das Ende der freiwilligen Abkapselung?

Die zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind nicht ohne Folgen geblieben. Der Druck auf die Regierung des 70jährigen Ne Win hat sich verstärkt. Diese liess deshalb politische Häftlinge frei und unterbreitete den Rebellen eine Amnestie-Offerte, die allerdings zurückgewiesen wurde. Aussenpolitisch versucht die Regierung, ihren Sesseltanz zwischen den Grossmächten nicht ohne Erfolg weiterzuführen. Doch die Frage ist, wie lange die «Sozialistische Republik der Union von Burma» ihre freiwillige Abkapselung noch aufrechterhalten kann. (cb)



Burma — ein touristisches Kleinod

Trotz den wirtschaftlichen und politischen Problemen, trotz den Schwierigkeiten mit der beschränkten Aufenthaltsdauer lohnt sich insbesondere für kulturell Interessierte ein Abstecher in dieses Land.

Rangoon überrascht mit seinem «englischen» Kolonialstil, das es sich nach über 30 Jahren der Unabhängigkeit — wenn auch in weilweise trostlosem Zustande — bewahrt hat.

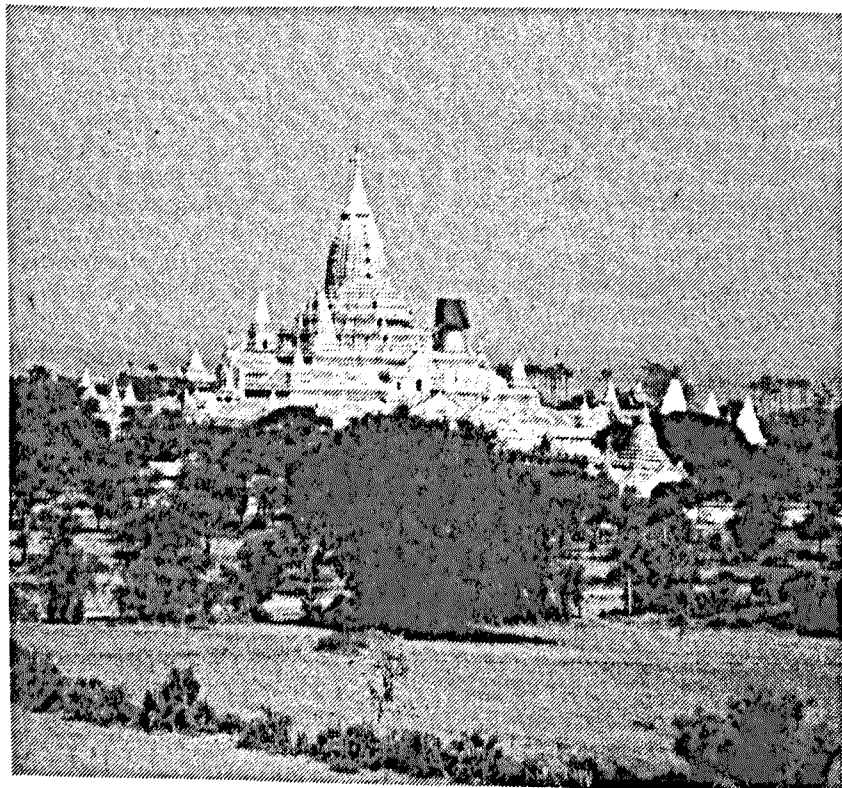
Höhepunkt einer Burma-Visite ist nicht die Shwedagon-Pagode mit ihrer goldenen Spitze in der Landeshauptstadt, sondern Pagan, das dieselbe Ehre — Landeshauptstadt zu sein — während Jahrhunderten zuvor hatte. Nach Angkor Wat, das heute nicht mehr besucht werden kann, besitzt es den grössten Tempelkomplex in Asien. Die einst blühende Stadt, die heute ein Schattendasein führt, besass an die 13 000 Pagoden.

Als kulturelles Zentrum des Landes gilt Mandalai, das noch zu Beginn der englischen Herrschaft 1895 Hauptstadt war.

Zweifellos als das landschaftlich schönste Touristenziel des Landes sind das 1500 Meter hoch gelegene Taunggy und der etwas tiefer liegende Inle-See zu bezeichnen. Berühmt ist der See vor allem für seine Fischer, die mit den Beinen das Ruder bewegen.

Für den eiligen Touristen, der in den maximal möglichen sieben Aufenthaltstagen ebenso ein Maximum an Eindrücken erleben will, empfiehlt sich die Reise im Landesinnern mit dem Flugzeug. Wer es beschaulicher nehmen will, dem sei eine Kombination mit der Bahn empfohlen (sofern es die Sicherheitslage zulässt). Und wer es ganz geruhsam nehmen will, der darf die Reise auf dem grössten Fluss des Landes — dem Irawadi — von Mandalai nach Pagan (rund drei Tage) nicht verpassen.

Das Visum für die Einreise ist problemlos zu erhalten. Als Abflugort kommt in den meisten Fällen nur Bangkok in Frage, wohin zahlreiche Reisebüros günstige Angebote anbieten. Kaum Schwierigkeiten erfährt der Individualtourist. Wer die Reise mit einer Gruppe organisiert vorzieht, findet ebenfalls verschiedene Möglichkeiten. Von Bangkok aus beispielsweise mit dem dort ansässigen (schweizerischen) Reisebüro Diethelm oder direkt von der Schweiz aus beispielsweise mit Kuni, der ein kombiniertes Programm mit Aufenthalt in Bangkok, Abstecher nach Burma sowie Badeferienaufenthalt in Pattaya anbietet.



BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

&

NEW YORK

Baer American Banking Corporation
330 Madison Avenue, New York, N.Y. 10017